

Elberfelder Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Elberfelder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer am Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfseitige Petition oder deren auswärtige Anzeigen 60 Pf. — Anträge für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 6.

Hierzu zwei Beilagen.

Schwankende Gestalten.

Wird der Hansabund bei den Wahlen von 1911 einen konsequenten Kampf gegen das Agrarierium führen, oder wird er mit seinem liberalen Troß schließlich zum schwarz-blauen Block stoßen, um mit seinen Geldsäcken die rote Flut einzudämmen? Darüber scheinen Herr Rießer und seine Leute sich noch nicht recht klar geworden zu sein, denn jeden Tag sieht man es anders. Noch vor kurzem veröffentlichte die Kreuzzeitung einen beinahe zärtlichen Briefwechsel, den sie mit dem Vorsitzenden des Hansabunds gepflogen hatte. „Unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie!“ hieß es damals. Kürzlich versicherte aber zur Abwechslung wieder das Berliner Tageblatt, es seien eine Kontrolle über die Hansabund-Gelder geschaffen worden, die auch vom Standpunkt des Linksliberalismus aus als befriedigend angesehen werden dürfe; es sei nunmehr die Befürchtung aus dem Wege gerückt, daß der Wahlfonds des Hansabundes im Sinne der reaktionären Sammlungsparole verwendet werden könne. Das mag für manche Leute sehr beruhigend klingen, die Misstrauenschen aber werden fragen: Wer kontrolliert denn die Kontrolle? Was ist der Standpunkt des Linksliberalismus und welche Sammlungsparole ist von diesem Standpunkt aus reaktionär?

Vor vier Jahren wurde ja auch eine Sammlungsparole gegen die Sozialdemokratie erlassen, die galt aber damals nicht als reaktionär, sondern als äußerst fortschrittlich (siehe Kap. „Wahler Fortschritt“) und bedeutete sogar ein „Erwachen des liberalen Bürgertums“. Kann jemand eine Garantie dafür übernehmen, was passiert, wenn das liberale Bürgertum wieder einmal „erwacht“?

Nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß das Verhältnis der beiden liberalen Parteien zum Hansabund ein äußerst peinliches ist. Mit der teils national, teils fortschrittlich gefärbten Ideologie war kein Hund mehr vom Hosen zu locken, geschweige denn ein Kaufleute aus dem Lande von Ungehörigen Gönnern loszuweisen. Selbst die vor dem reichen Freisinnigen Vereinigung, die Partei reicher Händler und Bankiers, stand am Vorabend ihrer Vereinigung mit der Volkspartei vor dem finanziellen Bankrott. Plötzlich tauchte da, von ohrenbetäubendem Jubel der Ausgehungen begleitet, der Hansabund aus der Verfinsternis hervor, und nun gab es auch wieder frisches Geld wie Heu.

Wie kommt es aber, daß sich dem Hansabund alle Portemonnaies öffnen, die sich vor den liberalen Parteikassern krampfhaft verschlossen? Das kommt daher, weil man zu Rießer u. Cie. in Finanzkreisen ein ganz anderes Vertrauen hat als zu Bassermann und Wiemer. Herr Bassermann und Herr Wiemer hat man in dem Verdacht „Idealisten“ zu sein, von Rießer und seinengleichen weiß man aber ganz genau, daß sie kein Geld geben, ohne der Ware sicher zu sein. Der Hansabund ist keine Partei, die vorgebt, allgemeine Interessen zu vertreten, sondern er ist die Interessenvertretung des mobilen Kapitals. Die Parteien sind auf die Dauer nicht zu beneiden, die nach der Pfeife des Hansabundes tanzen müssen!

Heute hält es der Hansabund vielleicht noch richtig, seine Stipendiaten gegen die Agrarierherrschaft zu kommandieren, deren brutale Nutzlosigkeit im politischen wie im gesellschaftlichen Leben von den zurückgelegten, über die Achsel angehängten „königlichen Kaufleuten“ mit herbem Schmerz empfunden wird. In dem Augenblick aber, in dem die „sozialistische Gesahr“ noch etwas deutlicher am Horizont erscheint, wird der Hansabund, vorausgesezt, daß er dann noch existiert, auf die reaktionäre Sammlungsparole hin nach rechts abschwenken und alle die mitziehen, deren politische Existenz auf seinen goldenen Grundlagen ruht. Darauf kann kein Zweifel bestehen und das soll auch nicht vergessen werden, wenn der Hansabund diesmal wirklich noch die Kampfesfront gegen die Rechte nehmen sollte. Darauf wird auch durch die „Kontrolle“ der Wahlgelder durch Linksliberale nichts geändert. Und es ist gut, daß bei jeder Gelegenheit auszusprechen, damit nicht auch das trügerische Bild augenblicklicher Konstellationen die tiefgreifenden gründlichlichlichsten Gegensätze verdunkelt und verwischt werden!

Politische Rundschau

Deutschland.

Bandesmündige Zentrumslente.

Abgeordneter Dr. Helm soll beabsichtigen, das Gewaltbrüderlichkeit bei den nächsten Reichstagswahlen

Sonnabend, den 7. Januar 1911.

18. Jahrg.

nicht mehr zu kandidieren. Ebenso will Abgeordneter Dr. Jäger, der seit langen Jahren den Wahlkreis Dillingen vertritt, nicht mehr in den Reichstag zurückkehren. Ferner soll das Zentrum beabsichtigen, in den bayrischen Reichstagswahlkreisen Würzburg, Amberg, Dillingen und Neustadt Arbeiterkandidaten als Kandidaten aufzustellen. — Die Arbeiterkandidaturen des Zentrums würden beweisen, daß die Gegenwehr der Zentrumsarbeiter gegen die neue Aufstellung des Abg. Roeren in Merzig-Saarlouis im Zentrumslager als bedeutsames Symptom gewertet wird. Man gedenkt durch solche Kandidaturen, die natürlich mit ganz besonderer Vorsicht ausgewählt werden, die tiefe Missstimmung der Zentrumsarbeiter über die Blockparole fach und sanft zu schwächen.

Antisemitischer Wahlschwindel.

In Ilmenau i. Th. beschloß der aus 15 Sozialdemokraten und 5 Bürgerlichen bestehende Gemeinderat einstimmig, den Hallenmeister und auch den Vorsteher des Schlachthofes zu entlassen. Gegen drei Stimmen wurde darauf der Tierarzt Ortenberger in Sollingstadt als städtischer Schlachthofvorsteher gewählt. Der Bezirksleiter (Landrat) machte den Gemeinderat darauf aufmerksam, daß er den Gewählten dem Ministerium in Weimar nicht als stellvertretenden Bezirkstierarzt vorschlagen könne, da er Jude sei. Außerdem wurde das Gerücht verbreitet, ein Verwandter des Gewählten habe 500 Mk. in den sozialdemokratischen Wahlfonds gegeben, und aus Dankbarkeit dafür hätten unsere Genossen den Schwager des Spenders gewählt. — Natürlich ist kein Wort davon wahr und eine eingeleitete Bekämpfungsklage wird Auseklärung schaffen.

Triumph der deutschen Kunst!

Der Kautschusachverstandige Abg. Goerke, der sich auf Reichskosten eine Spazierfahrt nach Rio Janeiro leistete, schreibt der „Täglichen Rundschau“ u. a.: „Nicht zu unterschätzen ist in dieser Beziehung auch die schon erwähnte Eigenschaft Tschingtaus als Badeort und außerdem die vorzügliche Pflege der Musika, der sich besonders Musikmeister und Kapelle des dritten Seebataillons dergestalt gewidmet haben, daß ihre Konzerte in Shanghai und Tientsin jedesmal Höhepunkte des dortigen Lebens und zugleich Triumph der deutschen Kunst darstellen.“

Goerke scheint im Hochgefühl nationalliberaler Begeisterung alle Militärmusik für echte, lautere und weitherrähnende Kunst zu halten.

Die große Säge.

Nach der „Militär-pol. Korrespondenz“ steht in den oberen Kommandostellen der Armee demnächst ein größeres Revirement bevor. Acht Divisionsgeneräle werden die Pickelhaube mit dem Zylinderhut verlaufen müssen. Dieses harmlose Vergnügen kostet den Steuerzahldern die Kleinigkeit von etwa 70 000 Mk. pro Jahr.

Der Schurkenstreich.

Über den Inhalt des monstrosen und tollhäuserischen Flugblattes, das von den reaktionären Hehern in Baden und im übrigen Deutschland tatsächlich ernst genommen wird, teilt die „Post“ mit, es habe etwa folgenden Gedankengang:

„Lebensmittel und alle zum Dasein notwendigen Dinge sind augenblicklich teurer wie noch nie. Demgemäß wurde für Offiziere und Unteroffiziere die Lohnung erhöht. Auch Wilhelm II. wurden 2½ Millionen mehr bewilligt. Nur für Buch, Kameraden, fand sich nichts mehr. Als auch Gud eine Zulage gegeben werden sollte, da sagte der Kaiser: Musketiere sollen exerziert und beten. V. B. e. h. m. a. n. - H. o. l. l. w. e. g. und dem Reichstage haben wir nichts zu erwarten; wir wollen uns mit unseren preußischen Kameraden zusammenschließen. Bei der Parade am 27. Januar wollen wir den Gehoram verweigern und die Herrschaft des Hauses Hohenzollern von uns abschütteln. Das Volk steht hinter uns. Rächen wir die Opfer von 1848 und 1864. Es lebe die Republik!“

Nur der Kuriosität halber sei es noch mitgeteilt, daß ein besonderer Untersuchungsrichter mit der staatsrätelichen Aufgabe betraut worden sein soll, den oder die „Hochverräter“ zu erwischen.

Übersatz an Vieh“.

Die klerikale „Neue Augsburger Zeitung“ hatte behauptet, in einem Dorfe unweit Augsburgs ständen 20 Schlachtreise Ochsen zum Verkaufe; es fehle nur an Käfern. Als man sich diese Schlachtreise etwas näher anschaut, stellt es sich heraus, daß höchstens zwei Schlachtreise seien; alle anderen befinden sich in einem Zustande, daß sie selbst von der sogenannten Freibank eines Schlachthofes zurückgewiesen worden wären.

Der abgefallene Kautschuk-Sachverständige.

In dem Wohlkommen, das die Nationalliberalen mit den Fortschritten für die Provinz Brandenburg getroffen haben, wird der Wahlkreis Branden-

burg-West hauptsächlich den Fortschritten überlassen. Dieser Kreis ist zurzeit im Besitz der Nationalliberalen, er wird durch den Abg. Goerde im Reichstag vertreten, durch denselben Goerde, der letzten Sommer auf Reichskosten eine Reise nach Rio Janeiro unternommen hat, um künftig dem Reichstag bei ostasiatischen Fragen mit Rat und Tat zur Seite stehen zu können. Damit, daß nun aber die Nationalliberalen auf den Kreis verzichten lassen, ist auch Herr Goerde als Abgeordneter erledigt, und der Reichstag geht damit keinen gewiß überaus sachkundigen Ratschlägen verlustig. Herrn Goerde bleibt wenigstens dann, die angenehme Erinnerung, auf Kosten der Steuerzahler eine Spritztour nach Ostasien gemacht zu haben.

Die Reichstagsersatzwahl im Kreise Allenstein-Rössel.

die durch den Tod des Abg. Hirschberg (Zentrum) notwendig geworden ist, soll am 27. Januar erfolgen. 1907 wurden in dem Wahlkreise 12 944 Stimmen für das Zentrum, 5 380 für die Polen, 3 133 für die Nationalliberalen und 76 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

Das „Hochverratsflugblatt“.

Nach einer Erklärung der „Karlsruher Zeitung“ ist das tollhäuserische Flugblatt, das zur Gehoramsverweigerung am 27. Januar und zur Abschüttlung der Hohenzollernherrschaft auffordert, nicht an Soldaten des 14. Armeekorps verteilt worden. Es sei nur bei einer Zivillperson beschlagahmt worden.

Das Licht der Wahrheit und das Dunkel des Nachtlebens.

Im Reichstagswahlkreise Frankfurt-Arnswalde-Friedenberg, dem Wahlkreise des von seinen Bürgern mit besonderer Aufmerksamkeit empfangenen Wahlschreis-Brühn ist von den Konservativen der frühere Gouverneur von Deutsch-Südwürttemberg, von Schuckmann, der Feind des Berliner Nachtlebens, ausgestellt worden.

Die marokkanische Entschädigung.

Das Schiedsgericht für Entschädigungen in Marokko hat für deutsche Forderungen in Höhe von 1 271 000 Frs. die Summe von 650 000 Frs. bewilligt. Die Beteiligten sind damit zufrieden.

Großer Reformfeier.

Nach der „Allg. Armeekorps“ finden bei verschiedenen Truppenteilen Versuche mit einem neuen Helm-Modell statt. Angeblich handelt es sich um eine Modernisierung der Pickelhaube unter grundsätzlichem Festhalten an ihrer „historischen“ und zugleich so überaus „geschmackvollen“ Form.

Regelung des Verkehrs mit Luftschiffen.

Die preußische Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, der den Verkehr leichterer Luftschiffe reichsgesetzlich regeln soll. Der Entwurf soll veröffentlicht werden, sobald er dem Bundesrat zugeht.

Erfolg vor dem Unsturze.

Mit Verzweiflung und Entsetzen verzögert die reaktionäre Presse die Genehmigung der sozialdemokratischen Demonstration in Mülhausen, bei der Trommler und Pfeifer spielen und weder der Sozialistennarren noch die Internationale, noch andere „Antikapitalist“ als staatsgefährlich verboten werden.

Vertel wendet sich ob der schrecklichen Runde in Verzweiflungskämpfen: er brüllt über „Verhöhnung der Staatsordnung und der monarchischen Autorität“, legt „aufschärfste“ Verhaftung und Widerprüch ein und hält die Genehmigung sozialdemokratischer Strafanwendungen schon an sich für ungültig.

Die „Kreuztg.“ rinnert elegisch.

Ganz unverständlich ist es, daß der Polizeipräsident die Begleitung des öffentlichen Aufzuges mit Trommeln, Pfeifern, Musik und Gefang genehmigt hat. Damit wird die sozialdemokratische Demonstration zu einer Art von Triumphzug, an dem alle ordnungsliebenden und antirevolutionären Kreise der Bevölkerung Rüst und Wagnis nehmen müssen. Bei solchen Entgegenkommen gegenüber der Unsturzpartei kann man sich nicht wundern, daß den Sozialdemokraten der Rumm immer mehr schwört.

Scheitert das Arbeitskammergesetz?

Eine offiziöse Korrespondenz will erfahren haben, daß der Verabschiedung des Arbeitskammergesetzes, um dessen Vorlegung der Reichstag 18 Jahre gekämpft hat, in den weiteren Kreisen keinerlei Widerstand mehr gezeigt wird.

Unter diesen „meisten Kreisen“ könnten natürlich nur die Schriftsteller und Preteure auch die Regierung verstanden werden. Die klassenbewußte Arbeiterschaft gehört zu diesen „meisten Kreisen“ jedenfalls nicht.

Das Moabiter Unglück.

Die „National-Zeitung“ gibt aufs neue ihrem Unmut über den Moabiter Prozeß Ausdruck. Er habe dem Staatsinteresse nicht gedient; in Preußen lasse er ein Gefühl der Erbitterung über polizeiliche Misgriffe und Unvermögen der Behörden in der Beurteilung und im rechtzeitigen Verhindern von „Streikkrawallen“ nach; im Auslande sei die falsche Vorstellung von einer beständigen Revolutionsgefahr in Deutschland wachgerufen, die das Ansehen des Deutschen Reiches schwächen müsse. Aus der „leidigen politischen Aktion“, bei der „von den berussten Hütern der Staatsautorität Fehler über Fehler begangen“ worden seien, werde just die Sozialdemokratie das meiste Kapital schlagen.

Es seien Mängel im Berliner Polizeiwesen zur Sprache gekommen, die nicht mehr wegzulegen seien. Aber selbst die „National-Zeitung“ bezweifelt, daß eine erhöhte Entspannung durch Reformen auf diesem Gebiete folgen werde. Als bedauerlich und unpolitisch wird es bezeichnet, daß die Behörde sich bestreift habe, die Schutzmäßigkeit in irrgen Auffassungen von ihrer Stellung im öffentlichen Leben zu verstärken.

Zur Berliner Stadtverordnetenkollegium

wurde am Donnerstag Genosse Bruns als Beisitzer gewählt, nachdem durch Vereinbarung der Parteien die Zahl der Beisitzer von 3 auf 4 erhöht worden war. Der Anspruch unserer Genossen, als zweitstärkste Partei des Kollegiums den stellvertretenden Vorsitz zu erhalten, wurde von der fortschrittlichen Mehrheit abgelehnt.

Die „legensreiche“ Kraetke-Reform.

Die „Nordd. Allgem. Jtg.“ beklagt sich über die Kritik an der neuen Fernpreisgebührenordnung und fürchtet, daß dadurch in den Kreisen der Teilnehmer unrichtige Auffassungen hervorgerufen werden könnten. Sie „stellt fest“, daß die Vorlage wesentliche Erleichterungen bringe und findet es unverständlich, daß dem neuen Gesetzentwurf Verkehrsfeindlichkeit vorgeworfen werde. Sie befürteit außerdem, daß er den Mittelstand benachteilige und das flache Land vor den Städten begünstige. Eine kennzeichnende Antwort solcher Berichte, die Kraetke-Reform zu beschönigen, bedeutet die Erklärung der Hansabund-Ortsgruppen in Württemberg und Hohenzollern, in der betont wird, die Erhöhung der Telephongebühren verfolge lediglich fiskalische Zwecke; die Folge aber wäre eine umfassende Kündigung der Telephonanschlüsse; in einem Bezieh der württembergischen Hansagruppe seien 50 Prozent solcher Kündigungen von Abonnierten als wahrscheinlich bezeichnet worden.

Konservative Nationalliberale.

In Ostpreußen besteht zwischen Freiheitlichen und Nationalliberalen ein festes Bündnis. Nur im Tilsiter Kreise, wo steht der frühere Staatsminister v. Moltke als konservativer Reichstagskandidat aufgestellt ist, machen die Nationalliberalen die Bündnispolitik nicht mit, sondern stellen sich trotz aller Borkommisse auf die Seite der Konserватiven. Die liberalen Blätter sind natürlich über diese Augenfeier erfreut. Die „Hartungsche Zeitung“ nennt die Tilsiter Nationalliberalen konservativen Hilfsgruppen, die sich „national-liberal“ nennen, um unter dieser Firma ihren reaktionären Charakter im Interesse der konservativ-agrarischen Sache besser verbergen zu können.

Sicher wird die Sozialdemokratie im Tilsiter Kreise Fortschritte machen. Schon bei den letzten Stadtverordnetenwahlen gelang es ihr, den vereinigten bürgerlichen Parteien zwei Mandate abzunehmen.

Rusland.

Aus der Gefängnisshölle in Serentui. Ein Genosse, der 16 Monate im Katorgagefängnis zu Serentui zubrachte, wo bekanntlich sechs politische Gefangene, darunter Slosow, wegen Durchsuchung der Gefangenen Selbstmord begingen, schreibt uns über die Bedingungen, die zu diesem Drama führten, folgendes: „Die Nachrichten, die täglich die Genossen aus anderen Katorgagefängnissen brachten, versprachen auch uns in Serentui nichts Gutes. Es war uns klar, daß die politischen Gefangenen mit einem ganzen System zu tun hatten, welches früher oder später auch uns treffen würde. Und in der Tat, bald begannen die Greuel auch auf unsrer. Meistens kam der Katorga, welche 7 Gefängniszettel und viele Bergwerke umfaßt. Rowalew verübte seine Schrecklichkeiten in dem Strafgefängnis Kuromara, von wo die Bewohner und bis zur Bestimmungslosigkeit Geprügelten in unser Spital gebracht wurden. In Kuromara führte der Sarap Schmatzschik, in Erfüllung des Rundschreibens des transbaikalischen Gouverneurs Ebelow, ein unmenschliches Regime etc. Er ließ die Gefangenen zur Strafe hungern, zwang die „Politischen“, Gedete zu singen und die Administration wie auf dem Katherinenhofe zu begrüßen. Endlich wagte er es, zwei Politische durchputzen zu lassen. In Algatschi wütet der Kolak Ismailow, ein Dieb und Henker. Serentui leistete der Verschlechterung des Regimes verzweifelten Widerstand. Angeföhrt der Geschlossenheit der politischen Gefangenen (ca. 250 Personen), suchte die Administration den Boden allmählich vorzubereiten und hegte u. a. die Kriminalgefangenen gegen uns auf. Es wurden neue Einzelzellen gebaut, wo die Intelligenz und überhaupt die energischsten „Politischen“ interniert wurden. Sehr häufig wurde gegen die Jettenfester und selbst gegen die kapierenden Politischen geschossen, was zu häufigen Konflikten führte. Die Administration suchte offenbar eine „Revolte“ zu provozieren. Der Oberherrscher Charkow (Chef der Hauptgefängnisverwaltung), hob während seines Besuches eigenmächtig die zielgerichtete Kommission auf. Man begann die Politischen in den Käfigen zu schleppen, die Aussichter brachen in Begleitung der Kommandoholzarden in die Zellen der Gefangenen ein... Es wurde allmählich das Drama vorbereitet, deren Zeugen wir in diesen Tagen waren.“

Finland.

Die Landtagswahlen. Ein Telegramm aus Helsinki, 6. Januar, meldet: Die Wahlen zum finnischen Landtag hatten folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 37256, Liberalen 17134, Ganglinen 13544, Sparbüro 10337 und Agrarpartei 3579 Stimmen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonntag, den 7. Januar

Die Sperrre verhängt wurde wegen Lohnunterschieden über die Lübecker Granitindustrie in Firma Emil Blechner (früher Lübeck und Bassarge). Zugunsten von Steinmetzen und Schleifern ist streng fernzuhalten.

Das Gewerbesteuerkompromiß, welches am Montag in der Bürgerschaft zur Rettung der volksfeindlichen Senatsvorlage beschlossen werden soll, hat nach dem liberalen „Tageblatt“ das es ja wissen muß, weil seine Hintermänner daran mitgearbeitet haben, folgenden Wortlaut:

1. Die Ziffer 1 des § 8 erhält — entsprechend dem Beschluss des Bürgerausschusses — folgende Fassung: 1. Einheit für das dem Steuerpflichtigen selbst gehörende Anlage- und Betriebskapital. Dagegen sind Schulden abzugrenzen.

2. § 7 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

Von Betrieben deren jährlicher Ertrag mehr als

Mit. 3000	aber nicht mehr als	Mit. 4000	betr., wird	0,65 v. H.
4000	"	5000	"	0,80
5000	"	6000	"	0,90
6000	"	8000	"	1,00
8000	"	10000	"	1,10
10000	"	15000	"	1,20
15000	"	20000	"	1,30
20000	"	25000	"	1,40
25000	"	30000	"	1,50
30000	"	40000	"	1,60
40000	"	50000	"	1,70
50000	"	60000	"	1,80
60000	"	80000	"	1,90
80000	"		"	2,00

dieses Ertrages als Steuer erhoben. Ein angefangenes Hundert wird für voll gerechnet.

3. In § 7 wird der Zulag:

Die Steuer wird ferner auf Antrag von dem Betriebe nicht erhoben, wenn der Ertrag in der nach § 15 des Gesetzes maßgebenden Zeit eine Verzinsung des angeschlossenen Anlage- und Betriebskapitals mit einem Zinszuflug von 4 Proz. für das Jahr nicht erreicht hat.

Die Warenhaus- und Konsumvereinssteuer wird von dem Kompromiß nicht berührt. Wie das freimaurige Blatt behauptet, wird der Senat den Wechselvorschlag der Bürgerschaftsmeinhalt an Kindes Statt annehmen. Das liberale „Tageblatt“ selbst legt diesen „Ausweg zur Verständigung“, der die erwerbstätigen Kreise Lübeck schwer belastet, freudig. Der Umfall der Freimaurinen ist danach zu erwarten. Im „Hamburger Fremdenblatt“, dessen hiesiger Korrespondent der Besitzer des „Lübecker Tageblatts“ ist, findet sich folgende Aussage: „Man muß abwarten, ob die Kassenarbeit wirklich Erfolg haben wird. Vornehmlich wäre es gewesen, hätte man auf sie verzichtet und sich bemüht, die Unstimmigkeiten durch eine von der Bürgerschaft dazu gewählte Kommission beseitigen zu lassen.“ — In Lübeck beginnt das Tageblatt das Kompromiß, in Hamburg hält sein Besitzer es für vornehm, wenn man anders vorgehen hätte. Echt freimaurin!

Die reiche positive Arbeit der Sozialdemokratie sucht die arbeiterfeindliche Presse, in deren Reihen die Lübecker Anzeigen, selbstverständlich nicht fehlend, um jeden Preis herab zu legen. Gegenwärtig gibt eine Bemerkung des Seemannskalenders den Anlaß dazu. Im Seemannskalender sind u. a. folgende Missführungen enthalten:

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die gesetzliche sozialistische Fazette in Deutschland sowohl formell wie materiell allen diesbezüglichen Errichtungen des gesamten Auslandes gegenüber den Voraus verdient. Das quaterna zu dürfen, gereicht uns um so mehr zur Freude und Genugtuung, als die sozialistische Arbeiterschwarm Deutschland in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags seit jeher ihre ganze Kraft mit dafür eingesetzt hat, daß neben der Arbeiterschutzgesetzgebung auch die sozialistische soziale Fürsorge möglichst weit ausgebaut wurde. Es wird Aufgabe der sozialistischen Bewegung aller Länder sein, dieses Beispiel zu folgen.

Wer nicht in böswilliger Weise die Wahrheit vergewaltigen will, der muß die Richtigkeit vorstehenden Sakes unbedingt zugeben. Das Amtsblatt, dessen Beruf die Verleumdung der Sozialdemokratie ist, läßt sich jedoch folgendes dazu schreiben:

Das steht mit den Tatsachen in offenkundigem Widerspruch. Wie alle Sozialpolitik, so ist speziell auch die Seemannsordnung von den höchstlich Bärtigen in hartem Kampf gegen die Sozialdemokratie durchgesetzt worden. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte den Entwurf auch geschlossen ab. Ihre Mitwirkung befrüchte sich daran und bestand darin, daß sie, genau wie bei der sonstigen Arbeitergesetzgebung unerfüllbar und fehlerhaft Anträge stellte, die lediglich agitatorischen Zwecken dienten. Insbesondere mißerte sie sich mit größtem Nachdruck denjenigen Bestimmungen, die der Aufrechterhaltung der Disziplin dienen oder die Bestrafung der Meuterer usw. regelten.

Das wird den einsätzigen Lesern, welche die Reichstagsverhandlungen nicht kennen, imponieren. So hofft das Amtsblatt: „Wir können jedoch leider nicht umhin, dieser Erfahrung der öffentlichen Meinung einige Tatsachen gegenüberzustellen. zunächst eins: Im Seemannskalender ist überhaupt von der Seemannsordnung keine Rede, sondern von der sozialistischen Union, Invaliden- und Krankenversicherung. Aber sowohl bezüglich der Revision der alten Seemannsordnung, als auch der Schaffung der sozialen Sicherungsgesetzgebung hat in erster Linie die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags bahnbrechend gewirkt. Soweit die Seemannsordnung in Frage kommt, stellte z. B. Genosse Paul Müller, der Leiter der Seeleute, auf dem im März 1906 stattgefundenen Berliner Schutzbund folgende Tatsachen fest: Was hat die Sozialdemokratie für uns getan? Ich muß im Namen der sozialistischen Arbeiter mit Nachdruck vor der Öffentlichkeit betonen, daß von 1893 bis 1905 die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag wiederholt selbständige Anträge und Gesetzeswünsche für eine neue Seemannsordnung sowie Anträge auf Änderung anderer Gesetze eingereicht hat. Die Leitungen der damaligen Organisation der Seeleute haben stets in vollster Übereinstimmung mit den Vertretern der Fraktion gehandelt. Es steht weiter fest, daß auch im Laufe der nächsten Jahre die Sozialdemokratie wiederholt durch ihre Kritik auf gewisse Reformen hingewirkt haben, und es ist nicht zu leugnen, daß bestimmte Reformen durchgeführt sind ausschließlich infolge der sozialdemokratischen Kritik. Aber ich bin in der gläubigen Lage, die Reichsregierung selbst als Kronzeugen

für meine Behauptung einzufen zu können. Am 14. November 1900 unterbreitete der Bundesrat dem Reichstag einen Entwurf einer neuen Seemannsordnung, in dessen Motiven im Namen der Regierung behauptet wird: „Nachdem im Reichstag durch den Antrag der Sozialdemokraten eine solche Revision in Anregung gebracht und weitgehende Forderungen im Interesse der Schiffslute gestellt worden waren, ist die Frage in lebhaftem Fluß gekommen und in den beteiligten Vereinen und Korporationen eifrig erörtert worden.“ Hier wird also offiziell von der Regierung anerkannt, daß die Sozialdemokratie es war, die anfangs der neuzeitlichen Jahre die Frage der Revision der Seemannsordnung zuerst angeschnitten, die die Diskussion über diese bedeutende Frage erst in Fluß gebracht hat. Und anerkannt wird weiter, daß die Regierung dem Andrängen der Sozialdemokratie in Verbindung mit den organisierten seemannischen Arbeitern nachgeben mußte.“ Wir halten das Amtsblatt nicht für so dummkopfisch, als daß ihm vorliegend wiedergegebene Tatsachen unbekannt sind. Um so verwunderlicher nimmt sich aber unter solchen Umständen seine Verleumdung der Sozialdemokratie aus.

Ein Unterhaltungsabend der freien Jugend findet morgen, Sonntag, von abends 7 Uhr ab im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Neben einem ausgewählten Konzertprogramm werden Recitationen eröffnet und heitere Inhalte, eine Serie lebender Bilder und andere Darstellungen geboten. Der Eintrittspreis ist auf 20 Pf. festgelegt. Arbeiter und Arbeiterfrauen, erfreut unsere Jugend durch recht starke Besuch ihres Stiftungsfestes.

Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. Der erste Vortrag, den Genosse Kühnle gestern abend über dieses Thema hielt, erfreute sich eines sehr zahlreichen Anteilnehmers seitens der Lübecker Arbeiter und deren Frauen. Die interessanten Darlegungen fanden den lebhaftesten Beifall der Zuhörer. Am Dienstag abend findet der zweite Vortrag statt, auf dem wir hiermit schon jetzt hinweisen und ferner dazu bemerken, daß noch Eintrittskarten beim Genossen Raden, Johannisstr. 48, sowie im Parteisekretariat, Johannisstr. 50, zu haben sind.

Arbeitssekreteriat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Dezbr. auf 1087 (1136), die der Besucher auf 1225 (1353). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorhergehenden Monats. — Davon kamen im derselben Sache wiederholte 97 Personen. Mithin sind im Monat Dezbr. 940 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erweitert 1207 (1327), darunter nach auswärts schriftlich 26 (29). Von den Besuchern waren organisiert 599 (623) Personen, und zwar gewerkschaftlich 390, politisch 23, gewerkschaftlich und politisch 186. Unter den verbleibenden 608 Nichtorganisierten befinden sich 158 Angehörige von Organisierten und 33 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 810 (902) männlich, 378 (468) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1016 (1181); selbständige Gewerbetreibende, Beamte etc. und deren Angehörige 172 (289); Vereine, Organisationen und Behörden 37 (15). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 882 (1106) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 137 (104), Oldenburg 116 (94), Mecklenburg 58 (57), Preußen 28 (40), und sonstwo 4 (4). Die Auskünfte verteilten sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall, Invaliden und Krankenversicherung) 269 (247), Arbeits- und Dienstvertrag 279 (340), bürgerliches Recht 877 (515), Strafrecht 90 (77), Gemeinde- und staatsbürgliche Sachen 137 (107), Arbeiterbewegung 12 (2), Privatversicherung, 15 (16), Handels- und Gewerbeschulen 21 (18), Beriedenes 7 (10). Von den Auskünften machten 305 (304) die Anfertigung von 333 (363) Schriftstücken erforderlich, außerdem gingen aus 29 (31) sonstige Briefe, Postkarten und Druckschriften. Ein geringer 165 (179) Postsendungen. Der 13. Dezbr. zeigte mit 70 (71) die höchste, der 30. Dezbr. mit 29 (32) die niedrigste Besucherzahl.

Zur Arbeitserledigung der Steinmetzen und Schleifer bei der Lübecker Granitindustrie Emil Blechner wird uns von der Leitung der Zahnstelle Lübeck des Steinarbeiterverbandes geschrieben: Die Lübecker Granitindustrie Emil Blechner (vorm. Lübeck u. Bassarge) hatte am 30. Dezember 1910 durch Antrag bekannt gegeben, daß vom 2. Januar 1911 ab nur noch im Akkord gearbeitet werden sollte, und wurden die Kollegen, welche dort beschäftigt sind, am 2. Januar 1911 zur Verhandlung eingeladen, wobei bemerkt wurde, daß die Firma mit weiter keinem verhandeln wolle, als nur mit ihren eigenen Angestellten. Der hier am Orte bestehende Lohnkampf hat, da er von keiner Seite gekündigt wurde, bis zum 1. April 1912 Gültigkeit. Das Amtssenat der Firma wurde deshalb abgelehnt. In der hierauf mit der Lohnkommission stattgefundenen Verhandlung versuchte die Firma ihren Standpunkt betreffs Akkord durch veränderte Betriebsverhältnisse und damit zu begründen, daß sie ohne einen Akkordtarif nicht mehr konkurrenzfähig seien. Wie sind der Meinung, was andern Geschäftsinhabern in anderen Städten mit denselben Tarifverhältnissen möglich ist, muß auch der Lübecker Firma möglich sein. Daß es der Firma nicht um die Kalkulation zu tun war, beweist die am Schlüsse der Verhandlung gegebene Erklärung. Die Steinmetzen und Schleifer sollen sich verpflichten, auf Grund eines früher in viel gültigen Akkordtarifs den hier am Orte bestehenden Stundenlohn zu garantieren. Dieses wurde von uns zur Hälfte gewiesen, da es unmöglich ist. Um uns die Aenderung schmackhaft zu machen, wurde immer von der Firma betont, daß unser Lohn nicht geschränkt werden, sondern wir mehr verdienen sollen. Wenn man bedenkt, daß dieser Akkord auf 58 Pf. Stundenlohn berechnet ist, wie aber 70 Pf. verdienen sollen, so wird es jedem einleuchten, daß von den Arbeitern eine bedeutende Arbeitsleistung mehr verlangt wird, obwohl bis jetzt schon das zuerst geleistet wurde. Wer also die Bedingung erfüllt, kann bei der Firma arbeiten, wer nicht, der fliegt. Wenn man weiter in Betracht zieht, daß das Durchschnittsalter der Steinmetzen (laut Statistik) 33 Jahre beträgt und die Sterblichkeitsziffer gerade dort am höchsten ist, wo im Akkord gearbeitet wird, so wird man es begreiflich finden, wenn wir an unserem bestehenden Lohnsystem festhalten.

Aus dem Gerichtssaal. Eine niederträchtige Handlung beginnt am 31. Oktober v. Jg. die in der Glockengießerstraße wohnhafte Chefarzt Erd, indem sie dem im gleichen Hause wohnenden Chefarzt Schäfer von deren sauer erworbenen Sparroschen, die in Höhe von 760,80 Mk. beim Spar- und Vorschußverein belegt waren, 450 Mk. entwendete, sowie 20 Mk. in der Tasche. Die E. hatte für die Frau Schäfer in deren Wohnung kleine Dienstleistungen gegen Entgelt geleistet; dabei erhielt sie Kenntnis von dem Vorhandensein des Sparfassendaches. Um ihre eigene Entdeckung als Diebin zu verhüten, schickte sie die ihr bekannte Arbeiterin, B., mit dem Buch nach der Sparkasse und ließ die 450 Mk. erheben, wofür die B. 20 Mk. erhielt. Die E. will angeblich von dem entwendeten Gelde aus Furcht vor Entdeckung viele Hundertmarksscheine verbrannt haben. Das Urteil des Schöffengerichts lautete gegen die E. auf 10 Monate Gefängnis und zwei Jahre Schwerlast; gegen die B. auf drei Monate Gefängnis. — Der 17-jährige Arbeiter B. hatte für seinen Arbeitgeber, einen Wein

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 6.

Sonnabend, den 7. Januar 1911.

18. Jahrg.

Ein Stückchen Zukunftsstaat.

Aus Newyork bringt die "Württemberger Zeitung" (Regierungsorgan) unter obiger Überschrift einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

"Eine Großstadt mit 400 000 Einwohnern, deren Bürgermeister Holzschuhmacher ist und deren Gemeinderat durchweg aus Arbeitern aller Art, Maschinisten, Köchen, Tischlern, Malern und solchen, die in Fabriken arbeiten, besteht — dies ist ein sozialpolitisches Kurostum, das in Amerika zurzeit große Aufmerksamkeit erregt. Die Stadt, um die es sich handelt, ist Milwaukee. Seit April vorigen Jahres haben dort die Arbeiter die Herrschaft in der Verwaltung errungen und sind seit eben dieser Zeit daran, die ganze städtische Verwaltung auf kommunistischer Grundlage aufzubauen. Was von diesen Plänen bereits durchgeführt ist, kann nur als Lehrbuchswert bezeichnet werden. Der neue Gemeinderat, an dessen Spize der oben erwähnte Bürgermeister, namens Seidel, steht, hat bereits viele Tausende am kommunalen Budget eingespart, und sieht durch allerlei Maßnahmen weitere große Reduktionen voraus. Sehr einträglich ist die Stadt und äußerst vorteilhaft für die Bürger wird ein Unternehmens werden, das die Stadt auf ihre eigenen Konten ausführt: ein ganzer Stadtteil wird aus Musterarbeiterhäusern erbaut werden — eine Idee, für die sich unter anderem auch Edison lebhaft interessiert, weil er darin sein Bestreben, kleine Wohnungen ohne Kosten in Mengen zu errichten, verwirklicht sieht. Weiter hat der Arbeitergemeinderat den Anfang damit gemacht, die Parkanlagen der Stadt um das Doppelte zu vergrößern und zugleich dadurch materielle Erträge der Stadt zu verschaffen. Ein Teil des neu angelegten Parks wird nämlich statt mit Zieräckern, mit fruchttragenden Bäumen bepflanzt, sodass also eine Art von kommunalem Obstgarten entsteht, der der Stadt sehr billiges Obst liefern wird. Es wird schon jetzt berechnet, dass eine Tonne Apfel zum Preise von nur einem Dollar produziert werden wird, und man hofft, dadurch den Drang zu alkoholischen Getränken zu vermindern, und sieht voraus, dass die Fische in dieser Beziehung eine bessere Wirkung haben werden, als hundert Alkoholverbote. Außerdem sind mächtige Steinbruchlager in der Nähe der Stadt angekauft worden, um für die ausgebauten zu werden und billiges Baumaterial zu liefern. Durch eine vollständige Reorganisation des Kloakenystems und durch Ausübung der Abwasser will die neue Stadtoberleitung alljährlich eine Million Dollar sparen, wodurch ein Teil zur Subvention neuer Volksschulen und Bibliotheken verordnet werden soll. Man will, wie der Bürgermeister klarlich ausdrücklich erklärt hat, nicht etwa eine kooperative Republik herstellen, sondern die Stadt zur angenehmsten und geliebtesten von Amerika machen und ihre Bewohner ohne Unterliezen Mithelfer und Mitgenießer sein lassen."

Das klingt erheblich anders und ist sehr viel wahrer als das Reichsverbandsgerede über "sozialdemokratische Münzwirtschaft in den Kommunen." Überall wo man Sozialdemokraten Gelegenheit gegeben hat, sich in verantwortlicher Stellung positiv zu betätigen, z. B. in Hannover und Schweden, wo sozialdemokratische Bürgermeister wirken, oder in der Schweiz, haben sie sich glänzend bewährt und manchen bürgerlichen Konkurrenten aus dem Felde geschlagen. Aber vielleicht ist das gerade der Grund, warum man sie in Preußen-Deutschland von allen wichtigen Ämtern ausschließt.

Die Moabit-Polizeischlachten vor Gericht.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine führt in seinem Plädoyer fort: "Wenn der Staatsanwalt hier erklärt hat, dass niemand der Sozialdemokratie oder den Gewerkschaften die Moabit-Gesetze zugeschrieben hat, so ist dem entgegenzuhalten, dass in der Anklageschrift doch angedeutet ist, dass eine planmäßige Leitung zwar nicht erwiesen, aber doch wahrscheinlich sei. Das kann doch nur bedeuten, dass eine Partei die Leitung hat. Deutlicher als die Anklageschrift haben sich ja der Polizeipresident und der Reichskanzler nach dieser Richtung hin ausgesprochen. Es läuft immer auf die moralische Schuld der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung hinaus. Ist es da ein Wunder, wenn wir uns dagegen wehren und ausführliche Beweiskräfte stellen? Ich muss deshalb unterstreichen, wie es zu den Vorfallen gekommen ist. Voraussichtlich muss ich aber kurz eine Schilderung der Bevölkerung von Moabit. Diese ist hinsichtlich davon entfernt, aus Desperados zu bestehen. Es sind allerdings nicht Leute von bürgerlichen Lebensbedingungen. In einigen Stellen lag ja wohl die Voraussetzung des Aufsturzes vor, die liegen eben sehr leicht vor, besonders in einem so stark bevölkerten Stadtteil. Es ist hier viel vom Handel gekommen worden, der sich auf den Straßen angesammelt habe. Natürlich werden sich in einem so dicht besiedelten Stadtteil, wenn etwas los ist, viel eher Leute auf der Straße angesammeln und in viel größerer Zahl als etwa in den Villenvierteln des Westens. Die Straße ist da vor allem der Spiel- und Turnierplatz der Kinder. Es ist für die Leute, die in eugen Wohnungen hausen und durch ihren Beruf gezwungen sind, die Straße viel zu benutzen, ganz selbstverständlich, sich auf der Straße zu bewegen. Zudem war damals ausnehmend schönes Wetter. Es gibt hier Häuser, in denen 500 bis 600 Leute wohnen. Wenn sich aus diesem Dutzend von Menschen auszumachen, werden sich hier angesammelt haben. Die jungen Leute, die sich hier angesammelt haben, waren wohl zum Teil solche, die manchmal einen Aufstand machten. Es sind nicht immer die besten Kinder, die mit dem Evangelium hinter dem Ofen sitzen. Auf dem Lande werden geistig regsame Kinder, die etwas erleben wollen, dem Nachbarn Apfel stehlen oder ein Ei ausnehmen. Wenn Pastor Schnebel davon gesprochen hat, dass bei der Moabit-Jugend keine Wirkung der erzieherischen Bestrebungen der sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu

ssehen sei, so hört eben die Fühlung der Jugend mit Pastor Schnebel dort auf, wo diese Wirkung anfängt. Übrigens werden ja diese Bestrebungen von der Polizei fortwährend gehört. Das Wichtigste aber ist, dass in einer Stadtgegend, wo Tausende unverheirateter Arbeiter und Schlossburschen wohnen, sich natürlich die Prostitution mit ihren Buhältern ansiedelt, und das ist gewiss ein sehr gefährliches Element. Am Eisenbahndamm befinden sich man die Leute herumliegen während der guten Fahrszeit, für die der Berliner die treffende Bezeichnung hat: "Ich habe Arbeit. Was vor einer? Ich sprüche die Schwäne auf den Kopf." Diese Leute sind natürlich, wenn etwas los ist, gleich zur Stelle. Wenn die Arbeiter allerdings nicht durch die Arbeiterbewegung das Gefühl empfangen hätten, dass sie über die Brutalitäten der Polizei nicht mehr wie ein russischer Musket mit blödem Läufe zu quittieren, dann wären sie heute nicht angeklagt. Die Verantwortung dafür, dass die Arbeiter dieses Gefühl haben, wird ich alledings auf die Sozialdemokratie und Gewerkschaft übernehmen. Es ist nicht zu leugnen, dass in Arbeiterkreisen allerdings die Meinung verbreitet ist, dass nicht die besten Elemente aus dem Unteroffiziersstand Schuzleute werden. Es sind zweifellos solche Elemente darunter, denen zu verstehen gegeben wird: Mit Ihnen wird doch nicht mehr favoritiert. Die Arbeiterchaft hat das Bewusstsein, dass sie bei all ihren Bestrebungen zur Hebung ihres politischen Einflusses, ihrer wirtschaftlichen Lage und Aul dung die Polizei auf der Seite ihrer Gegner findet. Wer den 6. März erlebt hat, der hat den Schlüssel zum 26. September. Wer weiß, wie am Großen Stern, am Königsvorplatz, in Tietow bei den Wahlrechtsdemonstrationen, ganz ohne Grund aus bloßer Erectionslosigkeit auf friedliche Leute eingehauen wurde, der weiß, dass sich die Polizei den zweifellos vorhandenen Haft anzuschreiben hat.

Wie ist es erst bei Streik? Die Firma Kupfer gehört zum Elbkonzern, zu einer Firma von geradezu amerikanischen Mittelmännern, bloß nicht amerikanisch im Sinne der Carnegie und Rockefeller, die ihre Millionen-Kultuswecken widmen. Diese Firma lehnte jede Verhandlung mit ihren Arbeitern und sogar mit dem staatlich eingesetzten Schiedsamt ab, was die Arbeiter natürlich aufs höchste eritten musste. Das, was die Arbeiter lehrte, die Streikbrecher als ihre Freunde zu betrachten, ist dasselbe, was die deutschen Arbeiter aus verlumpten unpolitischen Bettlern zu einer kulturellen Macht im deutschen Volke gemacht hat. Die Ausschreitungen gegen die Streikbrecher sind zum größten Teil hervorgerufen durch die konzessionierte Revolverschieberei der Streikbrecher. Die Polizei hat nichts getan, um die Zusammenstöße zu verhindern, was doch ihre erste und wichtigste Aufgabe gewesen wäre. Es sind schon vor dem 26. September durch rücksichtloses und beleidigendes Vorgehen einzelner Offiziere und Beamten auch deren die am Streik gar nicht beteiligten Schichten der Bevölkerung Aufregung und Gewaltigkeit erzeugt worden. Das Unglücklichste aber hat sich ereignet, als die Polizei, die fortwährend, große Massen aufhäufte, statt den Verkehr aufrecht zu erhalten, und es bereits zu bedenklichen Ansammlungen gekommen war, eines Abends unterhalb Stunden lang sich vollständig auf dem Kupferschen Kohlenplatz zurückzog und dem Mob willentlich die Straße überlassen hat. Hier kam es auch zu den Verstörungen an der Kirche, den Watenhäusern und Schnapsläden. Am nächsten Tage erlebten die von der Polizei ausgehenden aufgebauten Sensationsdarstellungen in der Presse, deren politischer Zweck ohne weiteres zu durchschauen war. Das hat natürlich abermals dazu beigetragen, große Massen zusammenzutreiben. Überall hat sich ein Mangel an sachgemäßer Leitung gezeigt. Die verschiedenen Abteilungen der Polizei arbeiten völlig auf eigener Hand, den Kopf aber vermisst man in der ganzen Sache. Diese geniale Taktik hat es fertig gebracht, dass eine Affäre, die am Kupferschen Kohlenplatz begann, nach drei Tagen bis hierher vor das Kriminalgericht sich ausgedehnt hat und dass am vierten Tage Gerichtsakten und ähnliche Geschehnisse hier verprügelt worden sind. Die Streikposten haben sich keineswegs an den Ausschreitungen beteiligt, die Verhandlung hat das Gegenteil erwiesen. 150 Kohlenarbeiter haben gestreikt. Nun es haben in Berlin schon 150 000 Bauarbeiter gestreikt und es ist niemals etwas vorgekommen. Aber es ist der ganz neue Fall zu konstatieren, dass man hier den Streikbrecher gestattet hat, auf der Straße mit Revolvern herumzulaufen und um sich zu schützen. Früher unter einer besseren Tradition und Sachgemäßem Leitung ist das nicht der Fall gewesen. Major Klein hat ja auch eingesehen, dass die Leute die Revolver nur zum Provokieren benutzen; er hat die Benutzung der Revolver verboten, aber er hat sie nicht verhindert. Der Streikbrecherführer Hinz hat ja, wie der Freiherr v. Reichenstein befandet, selbst erklärt: weil die Leute unbestrraft haben und schützen dürfen, kommen sie zu uns. Es war das unfeinste, die Kohlenwagen von vier bis sechs reitenden Schutzleuten durch ganz Berlin begleiten zu lassen, so dass sie mit einem ganzen Schwarm von Kindern und jungen Leuten hinterher nach Moabit zurückfuhren. Die Polizei hätte die Kupferschen Kohlenwagen vor allem anweisen müssen, nicht gerade zur Mittagszeit an den Fabriken vorbeizufahren, wo Tausende Arbeiter gerade ihr Mittagbrot verzehrten. Arbeiter, die durch die Vorgänge vom 22. und 24. September schon aufs äußerste erbittert waren. Als die Wehr die Feststellung eines Arbeitswilligen verlangte, der ohne jeden Grund geschossen hatte, wird nicht etwa gesagt: "Ja, der Mann wird festgestellt, aber seit vernünftig und geht nach Hause," sondern man lässt gleich in die angekommene Menge hineintreten, in eine Menge, die zum großen Teil aus Büttchen bestand, die wegen der Mädgen sich vor den Fabriken fast stets zusammenfinden. Die Autorität des Amtes ist ein Mittel zum Zweck, um dem Gesetz Respekt zu verschaffen, aber sie ist nicht Selbstzweck. Und wenn man sieht, dass man mit einer Maßnahme nur den entgegengesetzten Erfolg erzielt, den man erreichen wollte, dann muss man eben seine Autorität gefällig in die Tasche stecken. Wenn nicht jeder von uns, Richter, Staatsanwalt und Verteidiger, von seiner Autorität fortwährend nur einen sehr moderierten Gebrauch machen würde, würden wir aus den Kreuzen überhaupt nicht herauskommen. Sobald die Fehlpraxis erkennt, ist alles verschwunden. Das also sind die Revolutionäre von Moabit, die nicht eine Minute ihrer Arbeitzeit verschwendeten. Das sind die Revolutionäre, mit denen man nur fertig werden kann, indem man Säbel Knäppel und Browning gebraucht. Es war eine förmliche Marotte der Polizei, die Straßen müssten menschenleer bleiben, auch zur Zeit des Fabrikenschlusses und vor den Bahnhöfen, wo unausgesetzte Tausende von Menschen verkehrten. Es ist natürlich, dass beim Saubern der Straßen, manche Leute in Häuser ge-

trieben wurden, wo sie nicht wohnten, und dann beschwert sich die Polizei, dass hinter ihrem Rücken die Haustüren wieder geöffnet und die Leute herausgelassen wurden. Die Leute, die geworfen haben, kriegt man nicht, denn es sind entweder schnellfüßige Jungen, die sich eine Rückzugslinie gesetzt haben, oder solche, die dann den Stock heben und rufen: "Achtung, Kollege! Es war insbesondere die unehörte Grausamkeit, an der sich auch ein Offizier bereitgt hatte, dass man nach einem Mann, der unter einen Wagen gekrochen war, gestochen hat, die uns immer wieder als Ursache der ungeheuren Auflösung und Entartung aufgefallen ist. Wenn sich die Leute sagten, wir wollen die Polizei, die mit ihren Arbeitkollegen so umgeht, nicht in unserm Hause haben, so ist das kein Terrorismus, sondern einfach Not mehr. Die Polizei ist da, um Eigentum und Sicherheit zu schützen. Sie hatten den Kupferschen Kohlenplatz meinetwegen in Vertheidigungszustand versetzen und dort ein beobachtliches Dasein führen können. Es ist aber geradezu unverständlich, wie sie unzählige Leute auslösen, die, und wie sie trotz Zeppelins und Automobilen ein nach zwei Tagen Moabitum in sich befreit hat. Wo war die Polizei, als das Warenhaus ausgeraubt wurde? Sie saß bei Kaufer und dachte über Buntantiquitäten nach, weil viele Vorfälle auf Charlottenburger Gebiet passiert waren. Als die Polizei nun endlich vor dem Warenhaus Kreuz erschien, da schlug sie nicht etwa den Warenhausbesitzer, sondern verhöhnte ihn noch. Es lag aber eine dringende Notwendigkeit vor, das Eigentum dieses unechten Bürgers zu schützen. Statt dessen hatte die Polizei nur die Kohlenwagen von Kupfer im Kopfe, sie musste die Streikbrecher schützen und musste ihre Autorität unter allen Umständen aufrecht erhalten. Wo waren auch die Schutzleute, als die Leute abgeschlagen und umgedreht wurden? Dazu gehörte doch Zeit, das konnte nicht im Handumdrehen geschehen. Wir sehen bei der Polizei einen Mangel an Interesse für öffentliches Eigentum, das alle Grenzen überschreitet. Hier wäre ihr Platz gewesen, an jeder Laterne ein Schutzmann, dann wäre das alles nicht passiert. Die Polizei ging überhaupt mit einer merkwürdigen Strategie in Moabit vor. Ein Zeuge hat ein Gespräch des Leutnants Kothe gehabt, in dem dieser gesagt hat, er wollte nicht nach einer bestimmten Gegend gehen, weil dort Massen wären. Wenn dieses Gespräch wirklich so stattgefunden hat, dann beweist es eine Feigheit auf Seiten der Polizei oder eine gewisse Kostlosigkeit. Im Kriege gehen die Soldaten gerade da hin, wo der Feind steht, denn nur dort kann man ihn schlagen. Bis zum 27. September, mittags, berichtete selbst der von der Polizei bediente "Volks-Anzeiger" von Ausschreitungen des Anhängers, mit dem die verrückte Arbeiterlichkeit nichts zu tun habe. Vom 27. September, mittags, ab, wurden diese Ausschreitungen des Anhängers umgewandelt in eine sozialdemokratische Revolution und es wurden auch gleich die politischen Folgerungen rausgezogen: Ausschreie gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsverbindung. Ich bin der Überzeugung, dass die Redigierung der Berichte in den Redaktionen von dieser Tendenz mit beeinflusst worden ist, und ich glaube, dass die Berichte der Polizeipräident nicht fernsteht, sonst hätte er seinen Beamten die Aussage darüber nicht verweigert. Welche Ausschaffung in ruhigen Bürgerkreisen Moabits herstellt, geht aus der Aussage des Zeugen Rallies hervor, der damals früher von seiner Arbeit wegging, weil später die Schutzleute da waren und zu bestreiten war, dass man dann nicht mit freier Haut nach Hause käme. Also er befürchtete Misshandlungen von den Schutz-Schutzleuten. Nach den Dienstvorschriften waren die Schutzleute gar nicht berechtigt, die Säbel zu benutzen, selbst wenn hundertmal Blutbunde gerufen worden wären. Sie durften nur einschlagen, wenn tätlicher Widerstand vorlag. Stattdessen schlugen sie ein auf Fliegende, die das taten, was die Polizei wollte, nämlich die weggingen. Wer eine Waffe führt, muss sich überlegen, was er tut und darf nicht blindlings dreinschlagen. Das ist Amtmissbrauch und Körperverletzung. Bei Hermann liegt Totschlag mit dolus eventualis vor. Der Schutzmann müsste, wenn er ermittelt würde, vor die Geschworenen gestellt werden, aber den Mann wird man ja nicht finden.

Welche geleglichen Bestimmungen sollten weiter die Brutalitäten entschuldigen oder gar rechtfertigen, die darin bestehen, dass man die aus dem Lokal hinausgetriebenen Leute Spießruten laufen ließ? Es ist einfach verbrecherisch, auf am Boden liegende Personen einzuschlagen und Frauen Fußtritte zu verlegen. Im Ersten Weltkrieg hat man sich gewaltig darüber aufgeregt, dass verwundete deutsche Soldaten von den Russen noch geschlagen wurden. Was von den Polizisten in Moabit mützen im Frieden geschehen ist, ist viel schlimmer. Es gibt keine Präventivprägung. Ein Zeuge, der Kriegsberichterstatter war, hat diese Präventivprägung für notwendig gehalten. Unter zwölftausend Bülkern ist es auch im Kriege nicht üblich, Menschen zu erschießen oder totzuschlagen, weil sie vielleicht etwas tun könnten. Man hat auch anständige Frauen beschimpft mit Worten wie "Hure", "Sauenschwein". Wenn Ludwigs ihre Schutzleute so verschlafen, so in das kein Wunder. Es liegt auch manchen Weibern das Wort etwas leicht auf der Zunge. Aber wenn ältere Männer in amtlicher Stellung in Aussicht ihres Amtes über Frauen mit soldaten gemeinen Schimpfworten herfallen und wenn sich auch Offiziere daran beteiligen, so zeigt das eine Roheit der Gesinnung, von der man wissen möchte, woher sie eigentlich stammt. Es ist ein Jammer, dass sich daran auch gerade Offiziere beteiligt haben. Wenn Schutzleute das bei ihren Vorgesetzten sehen, dann werden sie es natürlich bei ihrer geringen Bildung noch etwas gröber nachmachen. Die Sache von den 80 Verleugnungen, die auf selten der Schutzleute vorgekommen sind, wird aufzuführen sein auf die unmündigen und zwecklosen Beschädigungen von Fensterscheiben. Es ist der sozialdemokratischen Diplatin zu verdanken, wenn die Moabit-Bewohner diese Brutalitäten der Polizei nicht beantwortet haben mit einer Massenerhebung, die dann im Minut erstellt werden müssen. Wenn die Rötscht bestanden hat, die Moabit-Bewohner zu reizen und zu einer Massenerhebung zu bringen, so hätte das nicht besser gewahrt werden können, als es durch die agents provocateurs der Polizei geschehen ist. Das alles sind nicht beläuglungsreiche Missgriffe einzelner Beamter, sondern für diese Missgriffe ist das ganze System verantwortlich. Eine Behörde, unter deren Leitung so etwas vorkommt, darf das nicht auf ihre Untergebenen abschieben, sondern muss selbst die Verantwortung tragen. Solche Dinge liegen immer an der Leitung. Eine Behörde, unter deren Leitung das Auftreten von agents provocateurs möglich ist, ist dafür verantwortlich zu machen, und wenn der Polizeipräident selbst davon nichts weiß. Die Polizei sollte die Freunde und Helfer des Volkes sein, das Vor-

gehen in Moabit aber läßt bei vielen Polizeibeamten einen solchen Geist vermissen. Wenn dieser Geist bei den Behörden fehlt, fehlt bei der Bevölkerung das Vertrauen. Es war notwendig, das alles zu prüfen, weil es wichtig ist für das Strafmaß gegen die Angeklagten. Wenn Schuldige unter den Angeklagten sind, müssen sie bestraft werden. Aber die Schuld daran, daß diese Dinge einen so abscheulichen abstoßenden Charakter bekommen haben, liegt einzlig und allein an der Kopflosigkeit und den Provokationen der Polizei. Es darf hier nicht strenger als sonst bestraft werden, sondern milder. — Vorsitzender Landgerichtsdirektor Lieber: Sie haben in einer Reihe von Fällen gegen Polizeibeamte scharfe Ausdrücke gebraucht. Ich nehme an, daß sich diese Ausdrücke nur beziehen auf Fälle, die hier zur Sprache gekommen sind. — Verteidiger Rechtsanwalt Heinemann: Selbstverständlich war von mir dieser Vorbehalt gemacht worden. Ich verlasse meine Anerkennung nicht denjenigen Beamten, die eine rühmliche Ausnahme gebildet haben. — Vorsitzender: Sie haben weiter gesagt: Wenn bei den Behörden die Absicht bestanden hätte, die Moabiter Bevölkerung zu reizen und zur Masseneinebung zu bringen, so hätte es nicht besser gemacht werden können, als es durch die agents provocateurs geschehen ist. Ich nehme an, daß Sie das nur konditionell gesagt haben. — Verteidiger Rechtsanwalt Heinemann: Selbstverständlich, ich habe doch den Satz begonnen mit: wenn . . . hätte. — Vorsitzender: Gewiß, wenn Sie es selbst angenommen hätten, so hätten Sie es auch gesagt.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung wurde der Erste Staatsanwalt Steinbrecht in seiner Polemik gegen die Ausführungen des Rechtsanwalt Heinemann derart ausfällig, daß zuerst Rechtsanwalt Heinemann gegen diese Art der Angriffe protestierte, und als der Staatsanwalt in der gleichen Weise fortführte, rief Rechtsanwalt Dr. Cohn den Schutz des Gerichts an und beantragte gleichzeitig Gerichtsbeschluß. Das Gericht zog sich dann zur Beratung zurück, und der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Lieber teilte als Ergebnis dieser Beratung mit:

Das Gericht könne den Staatsanwalt nicht zwingen, diese Ausführungen zu unterlassen, richte aber das Ersticken an ihm, derartige Angriffe auf die Verteidigung zu vermeiden. Weiter erläutert das Gericht die Verteidigung, gegen den Staatsanwalt den Vorwurf nicht mehr zu erheben, daß sie die Anklage aus Gründen erhoben hat, die nicht in der Natur der Sache gelegen haben.

Der Erste Staatsanwalt sprach indirekt seine Entschuldigung aus, indem er erklärte, es sei nur seine Absicht gewesen, die Angriffe der Verteidigung zurückzuweisen, die darauf hinauslaufen, daß die verschiedenen Fälle aus politischen Gründen, um die Sozialdemokratie bloßzustellen, mit einander verbunden seien. Um übrigen beschränkte sich der Erste Staatsanwalt darauf, die Polizeibeamten gegen die Vorwürfe des Rechtsanwalt Heinemann in Schuß zu nehmen.

Hierauf ergriß Rechtsanwalt Dr. Heinemann das Wort. Er ging auf verschiedene Einzelfälle ein und berührte dabei auch allgemeine Gesichtspunkte tatsächlicher und rechtlicher Natur. Das Hauptgewicht legte er auf den Nachweis, daß die Beamten sich nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes befunden haben, daß die Angeklagten schwer gereizt waren, und deshalb entweder gänzlich freigelassen oder mit einer geringen Geldstrafe zu belegen seien. Er habe das Vertrauen zum Gericht, daß es die Fragen, ob die Be-

amten in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes gehandelt haben, genau prüfen werde.

Rechtsanwalt Heinemann wird sein Bläoyer Sonnabend zu Ende führen.

Aus dem Gerichtssaal.

Sächsische Rechtspflege. Vor ein und demselben Schöffengericht in Leipzig kamen zwei Fälle zur Verhandlung, die zu nachdenklichen Betrachtungen Anlaß geben. Ein Streikender, der einem Arbeitswilligen das Wort "Streikbrecher" zugesprochen hatte, wurde zu vier Tagen Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, es handle sich um ein Vergehen gegen den § 155 der Gewerbeordnung und das könne nur durch Gefängnisstrafe geahndet werden. Im zweiten Fall wurde ein Staatsanwalt, der seiner Wirtschafterin zwei kräftige Ohngeigen verlebt hatte, freigesprochen. Das Gericht bezeichnete die Ohngeigen zwar als strafbare Handlung, entschied aber, da die Wirtschafterin die Ohngeigen tatsächlich beantwortet hatte, es liege eine Kompensation der Bürgel vor, weshalb Freispruch erfolgen müsse.

Ein seltsamer Kreispruch. Vor dem Kriegsgericht in Berlin hatte sich der Fahnenjunker v. Viebach zu verantworten, der bei einem Revolutionskampf durch das Wachgelande in der Jungfernheide einen Mann erschossen hatte. Der Vertreter der Anklage beantragte drei Monate und einen Tag Gefängnis. Der Gerichtshof sprach jedoch den Angeklagten frei, weil er davon ausging, der Angeklagte sei der Meinung gewesen, daß der Mann ihn habe angreifen wollen, und habe sich daher in der Notwehr befunden.

Aus Nah und Fern.

Warum? In Berlin erschöckte sich in seiner Wohnung in der Luisenstraße der 26jährige Leutnant Walter vom 1. Gardebergartenischen Dragoner-Regiment Königin Olga, der zurzeit zur Kavallerie-Telegraphenschule in Berlin abkommandiert war. Die Ursache des Selbstmordes ist noch nicht aufgeklärt.

Die Schlettstädt Majestätsbeleidigung. Nach einer Meldung aus Straßburg ist der Gymnasiast, der nach dem Zeugnis eines Offiziers die deutsche Majestät erfreutlich beleidigte und darauf zum Ausschluß vom Schlettstädt Gymnasium verurteilt wurde, nun von einem anderen elässischen Gymnasium in Osnabrück wieder aufgenommen worden.

Ein Polizeikampf. Seit Monaten sind in Bromberg drei höhere Polizeibeamte vom Dienst suspendiert. Seit einem Monat sitzt einer der Beteiligten, der Kriminalamtsleiter Schreiber, in Untersuchungshaft. Am Silvester wurde auch noch das Haupt der Polizei, der Inspektor Bathe, verhaftet, aber gegen Stellung von 15 000 Mk. Kauf wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Verhaftungen erfolgten wegen Verdrecks im Amt.

Gasvergiftung. Wie aus Lachen gemeldet wird, wurden im Waidhotel Freitag früh fünf Mitglieder der Familie des Büchers Hirsch infolge von Gasvergiftung betäubt aufgefunden. Sie wurden ins Krankenhaus gebracht und sollen sich auf dem Wege der Besserung befinden.

Aus dem Juge gefügt. Auf der Essendorfer Straße Troisdorf fiel eine Frau mit ihrem zwölfjährigen Mädchen aus dem fahrenden Juge. Das Mädchen wurde überfahren, die Mutter erlitt einen Krebsbruch.

Mord. In Bomben bei Lübeck wurde der Hausherr Karl Knöting in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Es muß ein Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer stattgefunden haben, denn der eiserne Ofen in der Stube war umgedreht. Von dem Mörder fehlt jede Spur. Eine Gerichtskommission aus Riegnitz begab sich mit einem Polizeihund nach Bomben.

Das kleinste Dorf in Deutschland ist trotz einer Bevölkerungsanzahl von rund hundert Prozent seit der letzten Volkszählung Ditterbach im Odenwald. Bei der vorliegenden Volkszählung hatte es zwei, bei der letzten vier Einwohner aufzuweisen.

Ein Streit der Fleischvertreter. Das Treiben der Fleischkommissionäre auf dem Münchener Schlachthof hat seit Jahren den allgemeinen Unwillen erregt. Bissher hatten die Herren auf dem Münchener Schlachthof das Heft in der Hand und die Zufuhr geregelt. An den einzelnen Markttagen war diese oft so schwach, daß der Bedarf nicht gedeckt werden konnte. Die Folge war, daß die Fleischpreise in die Höhe schnellen. Der Stadtmagistrat München hat deshalb ortspolizeiliche Vorrichtungen erlassen, wonach die Fleischkommissionäre verpflichtet sind, in ein Formular die Herkunft der Tiere, das Schlachtwicht, den Käufer und Verkäufer und den Preis einzuschreiben. Diese ortspolizeilichen Vorschriften traten am 1. Januar in Kraft. Am nächsten Markttag weigerten sich nun die Fleischkommissionäre ausnahmslos, diese Formulare auszufüllen, und stellten sogar vor dem Schlachtbureau einen — Streikposten auf, damit ihre Weigerung von keinem ihrer Kollegen durchbrochen würde. Vorlesungen der Schlachthofdirektion führten nur zu erregten Auseinandersetzungen. Die Weigerung der Fleischkommissionäre dürfte eine Massenzeige wegen Übertretung ortspolizeilicher Vorschriften zur Folge haben.

Bandenkämpfe in Mazedonien. In der Umgebung von Krana an der griechischen Grenze fand ein Kampf zwischen türkischen Soldaten und einer griechischen Aufklärerbande statt. Die türkischen Verluste sind: 1 Unteroffizier und 1 Soldat. Die griechischen Verluste sind unbekannt. Bei Bischowiza, Bitas, Rantza, erfolgte ein blutiger Zusammenstoß zwischen Waffenmedanern und Christen. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Eine starke Militärarbeitung ist abgegangen, um die Ruhe wiederherzustellen. — Nach amtlicher Meldung aus Djumai Bala beschossen bulgarische Komitatatsch das türkische Wachhaus in Tschiftlik und töteten einen Soldaten. Sie flohen nach einem Schuhwechsel.

Das Erdbeben in Turkestan. Aus Wieren wird gemeldet: Das Erdbeben dauert noch an. Einige Meter breite Spalten haben sich in der Erde geöffnet. Die wohlhabenderen Einwohner flüchten. Das End der Zurückbleibenden ist unbeschreiblich. 300 Personen liegen verwundet da. Die ärztliche Hilfe ist mangelschaft. Die telegraphische Verbindung mit Tschewat ist unterbrochen. Das Schickial der Stadt ist unbekannt.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. **Druck:** Friedr. Meyer & Co. **Sämtlich in Lübeck.**

Inventur-Ausverkauf

bekannt erstklassig verarbeiteter

Herren- und Knaben-Garderobe

Enorme Preismäßigungen!

Herren-Paletots

auch halbschwere für Frühjahr
regular 1400—1600 1700 2200 2300 2900 3100 3500 4200 6500 Mk.
jetzt 1000 1300 1900 2400 3000 4500 Mk.

Herren-Anzüge

solide Stoffe
einfache Fassons
regular 1500—1700 1900 2500 2700 3500 3500 4500 4500 6500 Mk.
jetzt 1000 1400 1900 2600 3000 4500 Mk.

Loden-Joppen

warm gefüttert
1- und 2 reihig
regular 375—500 500 700 800 1000 1100 1500 1400 2500 Mk.
jetzt 200 400 600 850 1000 1700 Mk.

Zirka 1000 Stück Buckskin - Hosen

Grosse Posten	Fantasia-Westen
regular	bis 650
jetzt	1000—400 500—800 Mk.

Grosse Posten	Leibchen-Hosen
jetzt	75 Pf. 125 175 Mk.

Jünglings-Paletots

moderne Fassons
Ia. Verarbeitung
regular 1100 1300 1400 1800 1700 2500 2300 3100 2800 4000 Mk.
jetzt 900 1000 1400 1800 2100 2700 Mk.

Jünglings-Anzüge

bekannt gute
Verarbeitung
regular 700 900 1100 1400 1500 1900 1900 2600 2700 3500 Mk.
jetzt 450 800 1100 1500 2000 2500 Mk.

Knaben-Anzüge und Pyjacks

regular 300 575 500 800 700 1000 1000 1500 1400 2100 Mk.
jetzt 200 350 500 700 850 1400 Mk.

regular 250 300 375 475 500 675 700 850 900 1200 Mk.
jetzt 190 310 410 510 700 850 Mk.

Grosse Posten	Herren - Glace - Handschuhe
regular	bis 250
jetzt	95 Pf. 175 Mk.

Grosse Posten	Herren- und Knaben-Mützen
regular	50 Pf. bis 200 Mk.
jetzt	25 Pf. 50 Pf. 75 Pf.

Jedes Stück wird bereitwilligst aus den Fenstern verkauft.

Spille & v. Lühmann
Lübeck. Größtes Spezial-Haus am Platze. Sandstraße.

Heute beginnt mein diesjähriger grosser Inventur-Ausverkauf.

Infolge gesetzlicher Bestimmungen darf der Ausverkauf die Dauer von 2 Wochen nicht übersteigen.

Vom 7. bis 20. Januar.

Die früheren Preise sind neben den Ausverkaufspreisen deutlich vermerkt.

Damen-Konfektion

5 Serien farbige Paletots Inventurpreis 3.85 8.75 9.85 13.50 17.50
5 Serien Kostüme Inventurpreis 10.50 17.50 24.50 38.50 58.00

Seidene Blusen . . .	früher bis 14.50	jetzt 5.75	19.00	26.00
Wollene Blusen . . .	früher bis 6.50	jetzt 3.95	9.85	14.50
Tüll- u. Spachtel-Blusen	früher bis 13.50	jetzt 8.95	19.50	25.00
			11.85	16.50

Schwz. Frauenpaletots	früher 29.50	jetzt 17.50	36.00	48.50
Kostümröcke	früher 10.00	jetzt 4.50	16.50	19.25
Kimonos- und Theater - Mäntel	früher 36.50	jetzt 17.50	58.00	68.00
			24.00	28.50

Muster-Kollektion **Damen- u. Kinderwäsche** Angestäubte Wäsche
enorm billig! weit unter Preis!

Kinder- und Baby-Wäsche

bestehend aus Hemden, Hosen, Röckchen, Lätzchen usw.
zum Aussuchen

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
Stück 10.-	Stück 25.-	Stück 48.-	Stück 75.-

Wert das Doppelte und Dreifache.

Enormer Posten Spiral-Korsetts

Ia. Drell, in allen Weiten lagernd.

Serie I	Serie II
1.78	1.95

Wert 2.15

Damen- u. Herren-Wäsche

bestehend aus Herrenhemden, Damenhemden, Damen-
Beinkleidern, Röcken usw., zum Aussuchen

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
1.15	1.30	1.45	1.80	2.20

Wert bis 1.80 Wert bis 2.20 Wert bis 2.50 Wert bis 3.25 Wert bis 4.25

Schürzen

Farb. Kinderschürzen Kimono- und Reformchnitt
Größe 45—75 cm, zum Aussuchen

Serie I	Serie II	Serie III
jede Schürze 95-	jede Schürze 115-	jede Schürze 130-
Schürze 95-	schürze 115-	schürze 130-

Farbige Kimono-Damenschürzen zum Aussuchen

Serie I	Serie II	Serie III
25-	285-	355-
Wert 3.25	Wert 3.65	Wert 4.75

Weisse Achsel- u. Trägerschörz. mit reicher Stickerei

Serie I	Serie II	Serie III
110-	185-	195-
früher 1.55	früher 2.55	früher 2.85

Tischtücher

Ein Posten Tischtücher Gr. 100×160 1.20
Stück M. Wert 1.68

Ein Posten Tischtücher Gr. 115×180 1.68
Stück M. schwere Qualität Wert 2.00

Ein Posten Tischtücher Gr. 115×180 1.95
Stück M. Ia. Halbleinen Wert 2.95

Ein Posten Tischtücher Gr. 130×160 2.95
Stück M. Ia. Halbleinen Wert 4.20

Dazu passende Servietten Gr. 60×60 7.85
Ditzd. 7.85 Wert 9.50

Enormer Posten farbige Decken Größe 180×180 . . . Stück 3.20
Wert 4.75

Handtücher

Handtücher 38 cm breit Meter 28.-
Gerstenkora mit roter Borte sonst 38.-

Handtücher 48 cm breit Meter 38.-
Gerstenkorn m. weiß. Borte sonst 48.-

Militär-Handtücher Meter 58.-
schwere Halbleinen-Qualität sonst 70.-

Jacquard-Handtücher 48×110 3.50
1/2 Diz. 3.50
gesäumt und gebändert sonst 4.45

Augendrell-Handtuch. 48×110 3.15
1/2 Diz. 3.15
gesäumt und gebändert sonst 3.75

Drell-Handtücher 48×110 3.60
1/2 Diz. 3.60
gesäumt und gebändert sonst 4.25

Geschirrtücher

Rot karierte Wischtücher Ia. Leinen
Größe 57×57 cm 57×80 cm

Ditzd. 4.00 Ditzd. 5.95
Wert 5.50 M. Wert 7.50 M.

Putztücher Ditzd. 85.- fröhlich 1.20

Staubtücher Ditzd. 1.35 fröhlich 1.60

Seifentücher Ditzd. 1.55 fröhlich 2.00

Enormer Posten

Betttücher

150×225 cm

jedes Tuch jetzt 2.65 M. Wert 3.45

Kleiderstoffe

für Blusen, Kostüme und Kleider geeignet, bestehend aus Voile, Bolienne, Crêpe, Satintüchern, Blusenstreifen, engl. Stoffarten, Schotten usw.

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
98.-	115.-	145.-	185.-	225.-
früher bis 1.40	bis 1.85	bis 2.20	bis 2.85	bis 3.75

Steppdecken u. Teppiche

Enormer Posten

Steppdecken Bezug : Rot Satin m. Normalfutter Doppelseitig rot Satin
Jede Decke 4.95 M. Jede Decke 6.85 M.
Wert 6.80 Wert 9.50

3 große Posten **Teppiche** Bezug : Größe 1.80×2.00 m ca. 1.70×2.40 m ca. 2×3 m
jetzt 8.95 jetzt 14.00 jetzt 21.00
früher bis 14.00 früher bis 24.00 früher bis 46.00

Lübeck,
Königstraße 87-89.
Ecke Walmstraße.

Hans Struve

Rendsburg
Jungfernstieg 1.

für eine Reise nach Holland, wo seine Mittel jedoch bald dünne wurden. Das Schöffengericht verurteilte den B. wegen Unterschlagung zu 10 Monaten Gefängnis.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich anfangs dieser Woche, indem nachts ein älterer Mann bei den Sandlagerwischen in den Elbe-Trave-Kanal fiel. Auf die Hülle des Bedauernswerten, der bis zum Kopf in dem eisigen Wasser stand, kamen Leute mit einem Kahn herbei, die ihn retteten. Wie uns nunmehr gemeldet wird, ist der Verunglückte gestern an den Folgen des unfreiwilligen kalten Bades gestorben.

Von einem Radfahrer überschoren wurde heute mittag 12½ Uhr in der Johannistraße ein zehnjähriges Mädchen. Die Kleine erlitt dabei eine Verletzung des rechten Beines. Der Radfahrer fuhr dann eiligt fort.

pb. Sachbeschädigung. Festgenommen wurde ein beschäftigungsloser, mehrfach vorbestrafter Arbeiter, der sich durch vorsätzliche Zerstörung einer Fensterscheibe in der Stavenstraße der Sachbeschädigung schuldig gemacht hat.

pb. Diebstahl. In der Nacht vom 5. zum 6. d. Mts. ist von einem Neubau in der Greveradenstraße eine Rolle Bleirohre von 16–17 Meter Länge und 5/8 Zoll Stärke abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Gamla-Theater. Der hier mit so großem Beifall aufgenommene Schwank „Der brave Heinrich“ wird heute, Sonnabend, zum letzten Male gegeben. Ab Sonntag gelangt der neueste Schlager, betitelt „Mein Bruder, das 'n Luder“ zur nur fünfmaligen Aufführung. An den drei letzten Tagen des Gastspiels geht der hochkomische Schwank „Die nette Verwandtschaft“ über die Bretter. Am 15. Januar ist bestimmt Abschieds-Vorstellung.

Im Kaiser-Panorama machen wir in dieser Woche eine hochinteressante Reise nach Süd-Afrika und zwar nach Transvaal. Wir schauen außer Kapstadt mit scheinbar imposanten Paläst des Gouverneurs, seinen großartigen Verkehrsstraßen und dem Tafelberge, Johannesburg, Port Elizabeth mit Hauptstraße und Obelisk, Grahamstown, East London mit dem Buffalofluß und Kimberley. Bei Kimberley beschauen wir die Diamantwäscherei. Sortieren der Diamanten und Diamantensucher auf der Rückfahrt vom Arbeitsfelde. Wir begeben uns sodann nach Pretoria, betrachten eine wilde Hochlandsszenerie in Natal, besuchen Bloemfontein und die Szenerie in der Bay von Durban, bekannt durch die Beleidigung der deutschen Schiffe seitens der Engländer. Den Schluss der hochinteressanten Serie bildet: Panorama von Pietermaritzburg nebst Gouvernement und Denkmal der Königin in Pietermaritzburg.

Nenes Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Sonntag, nachmittags ausnahmsweise 2½ Uhr, wird das Weihnachtsmärchen „Dornröschchen“ voraussichtlich zum letzten Male wiederholt. – Abends ausnahmsweise 6 Uhr, geht Wagners Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ in Szene. – Am Montag, abends 8 Uhr, gelangt das mit großem Beifall aufgenommene Schauspiel auf hoher See „Sankt Elms Feuer“ von Peter Werth zur nochmaligen Aufführung. In Vorbereitung befindet sich Vorhangs-Oper „Lindine“.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen Sonntag, abends 7½ Uhr, gelangt die erfolgreiche Komödie „Der Meister“ von Hermann Bahr zur Aufführung.

Oldesloe. Ertrunken. Der Maurer F. Flint, der heiter ist, wie der Oldesloer Landb., mit seinem Bruder in Altrahlstedt arbeitet, ist, wie der Oldesloer Landb., mitteilt, auf dem Nachhauseweg in der Beste ertrunken. F. Flint war mit seinem Bruder auf dem Nachhausewege. Infolge der undurchdringlichen Finsternis ging einer der beiden zurück, um am Schwarzen Damm sich eine Laterne zu holen. Als er an die Stelle zurückkehrte, wo er seinen Bruder verlassen hatte, war dieser verschwunden. Alles Rufen war vergeblich. Schließlich ging er, in der Meinung, sein Bruder sei nach Böhl weitergegangen, ebenfalls nach dort, kehrte aber nichts Gutes ahnend, an die Stelle zurück, wo er ihn verlassen, und fand nun den Bedauernswerten endlich als Leiche in der Beste.

Hamburg. Das gerochene Majestätsverbrechen. Wegen Majestätsbeleidigung ist am 26. September v. F. vom Landgericht Hamburg der Redakteur des inzwischen eingegangenen Verbandsorgans „Der Hafenarbeiter“ Otto Lindow, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die am 18. Juni v. F. in 27 000 Exemplaren erschienene Nummer des genannten Blattes enthielt einen Artikel „Aufruf zugunsten einer Nationalspende für den König von Preußen“. Darin wurde die Gesetzgebung, betreffend die Erhöhung der Zölle, um 3½ Millionen Mark, kritisiert und die „Möllige“ des Kaisers mit der des arbeitenden Volkes verglichen. Das Gericht hat den Artikel als durchaus höhnisch und ironisch charakterisiert und ist der Meinung, daß eine Kritik der Gesetzgebung überhaupt nicht beabsichtigt war. Das Urteil führt aus dem Inhalte zur Begründung der getroffenen Feststellungen u. a. folgenden Satz an: „Dass der gepanzerte Faust hatte er jetzt natürlich einen Karabiner an der rechten Hand; mit echtem Mut hat er ihn überstanden.“ Auch über die Reisen des

Durch die glückliche Geburt einer gebundenen Tochter wurden hochfreut Heinrich Börjesson und Frau Dora, geb. Burmann. Rotherbeck, den 6. Januar 1911.

Am 6. Januar verstarb plötzlich und unerwartet ihrer lieben Vater der Maurer Christian Schramm im vollendetem 74. Lebensjahr, tief betrauert von den Hinterbliebenen.

J. Schramm u. Frau.

J. Kelling u. Frau geb. Schramm. Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 10. Januar, nachmittags 1½ Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofs aus statt. Beginn der Trauerfeier 1¼ Uhr.

Deutscher

Transportarbeiterverband

Mitgliedschaft Lübeck.

Am 6. Januar 1911 verstarb unser Kollege, der Schauermann

F. Damme.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, vormittag 11 Uhr von der Burgkapelle aus statt.

Abmarsch der Kollegen zur Teilnahme an der Beerdigung um 10½ Uhr vom Gewerkschaftshaus.

Der Vorstand.

Stadt besonderer Meldung.
Donnerstag mittag 12 Uhr entschlief sanft nach langem Leiden mein lieber Mann und meiner Kinder guter Vater, der Zimmermeister

J. C. Filand

in seinem 42. Lebensjahr. Lieb betrauert von seiner Frau und den Angehörigen.

Marie Filand, geb. Schumacher.

Die Beerdigung findet am Montag nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt. Beginn d. Trauerfeier 2½ Uhr.

Heute nacht 12½ Uhr entschlief sanft und ruhig nach kurzem schweren Leiden in seinem 43. Lebensjahr mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schmied

Wilhelmine Kluge geb. Leopold und Kinder.

Beerdigung Dienstag nachm. 2½ Uhr vom Trauerhause Ludwigstraße 68.

Zum 1. April oder früher eine Wohnung zu vermieten.

Friedrich Freyer, Gr. Steinrade.

Kaisers macht der Artikel eine Bemerkung. Die Voraussetzung der Novelle zum Majestätsbeleidigungsparagraph für die Strafbarkeit sind vom Gerichte für vorliegend erachtet worden. In seiner Revision führt der Angeklagte aus, daß bei Besprechung politischer Dinge die Absicht der Chrverlehung entfalle. Es scheine, als ob die sozialdemokratische Gesinnung für genügend erachtet worden sei, um die Böswilligkeit festzustellen. Der Reichsgericht verwechsle Absicht der Chrverlehung und Motiv. Die Böswilligkeit sei ein anderes festgestellt, und wenn an einer späteren Stelle des Urteils von der Gestaltung des Angeklagten die Rede sei, so sei diese nur zur Erklärung seiner Handlungswise noch mit herangezogen worden. Das Reichsgericht erkannte im Einlang hiermit auf Verwerfung der Revision. Genosse Lindow wird also die drei Monate verbüßen müssen, nochdem auch der höchste Gerichtshof erkannt hat, daß seine Glossierung der kaiserlichen Gehaltserhöhung von Böswilligkeit dictiert war. Dass der Angeklagte selbst nicht bös will gehandelt haben will, möglicher nichts. Die Justiz weiß besser wie er, was er sich gedacht hat. Und Gedanken sind zwar zollfrei, aber nicht straffrei.

Nennmünster. An den Folgen einer Blutvergiftung durch Verlegung des Armes mit einem rostigen Nagel verstarb der 89jährige Strumpfwirker Kiel.

Kiel. Der beleidigte Reichsverband. Verworfen wurde vom Reichsgericht die Revision des Genossen Breecour gegen das Urteil des Landgerichts Kiel, wonach er wegen Beleidigung des Reichsverbandes mit dem langen Namen zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war. In der Volks-Btg. war in der Nummer vom 15. Mai unter Gerichtssaal ein Artikel abgedruckt, der die Spitznamen „Gehereigefallener Verleumder“ trug. Darin wurde mitgeteilt, daß der Bauhofsarbeiter Karl Koch wegen der Broschüre „Aus dem roten Sumpf“ zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war. In Parenthese hieß es, der „Reichslügenverband“ habe wahrscheinlich Geld zur Veröffentlichung gegeben, das Ganze sei so recht nach „Reichslügenverband“ geredet soll der Angeklagte den Vorstand des obengenannten Verbandes beleidigt haben. Da nicht zu widerlegen war, daß er geglaubt hat, der Verband habe das Geld zu Herstellung der Broschüre gegeben, so hat das Gericht nicht den Tatbestand des § 186, sondern nur des § 185 für vorliegend erachtet. Der Missdruck „Reichslügenverband“, sagt das Urteil, ist als beleidigend zu erachten. Der Verband ist eingetragener Verein. Besonders sein Vorstand ist als beleidigt anzusehen. Der Angeklagte mag als Sozialdemokrat berechtigt sein, die Interessen seiner Partei wahrzunehmen, aber jener Ausdruck dient nicht zur Wahrnehmung berechtigter Interessen. Die Wendung „recht nach Reichslügenverband“ beweist auch die Absicht der Beleidigung. – In der Revision des Angeklagten wurde ausgeführt: Der Vorstand des Verbandes hat Strafantrag gestellt einmal wegen Beleidigung des Verbandes, sodann wegen Beleidigung des Vorstandes. Der Verband als juristische Person kann nicht beleidigt werden. Es ist nicht festgestellt, warum die Angerungen nicht zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht sein sollen. Die verlogene Kampfesweise des Verbandes, konnte nicht anders gefestigt werden. Der Reichsgericht erkannte jedoch auf Verwerfung der Revision. Der Angeklagte habe die Gültigkeit der Strafanträge nur in einer bestimmten Beziehung beansprucht, er habe selbst ausdrücklich eingeräumt, daß in Anwendung der Mitglieder des Vorstandes der Strafantrag ordnungsmäßig gestellt sei. Die Feststellungen seien zwar nicht völlig klar, aber aus dem Zusammenhänge des Urteils sei doch zu entnehmen, daß der Angeklagte der Beleidigung der einzelnen Vorstandsmitglieder nach § 185 für schuldig befunden werden sollte.

Elbholz. Ein Hamburger Automobil überranierte in der Nacht zum Freitag eine ihm entgekommende Drosche, in der sich ein Insasse befand. Die Drosche wurde total zertrümmert und das Pferd schwer verletzt. Der Kutscher wurde mit schweren Kopfschlägen unter den Trümmern des Wagens aufgefunden. Der Fahrgäst wurde nur leicht verletzt. Der Führer des Kraftwagens entzog sich seiner Festnahme durch die Flucht, doch wurde die Nummer des Automobils erkannt.

Gleisburg. Der hineingefallene Arbeitswillige. In der Nr. 82 der „Schleswig-Holstein. Volkszeitung“ erschien eine längere Notiz, in der die Gründe dargelegt wurden, weshalb die bei der Firma George in Gleisburg beschäftigten Arbeiter nicht mehr mit dem Dachdecker G. in einem zusammenarbeiten wollten und deshalb von G. ausgewerkt wurden. G. wurde in der Notiz des überführten Beitrages gegenüber der Firma George bestätigt und auch dabei erwähnt, daß G. selbst erzählt habe, seine Frau hätte ihn als Mörder denunziert. G. fühlte sich dadurch beleidigt und strengte Privatklage gegen den damaligen verantwortlichen Redakteur, Genosse H. Breecour,

an. Der erste Termin wurde ausgesetzt, um den Zeugen zu laden. Am Donnerstag wurde abermals vor dem Schöffengericht in Flensburg verhandelt. Genosse Breecour hatte einen umfangreichen Zeugenapparat aufgeboten, aber nur ein Leit der Zeugen wurde vernommen, da stand schon fest, daß G. einen gräßlichen Reinfall erlitten habe. Selbst die verzweifelten Anstrengungen seines ehemaligen Arbeitgebers George konnten ihm vor dem Reinfall nicht retten. Um die Tatsache kam auch George nicht herum, daß Emily ihn betrogen hat. Genosse Breecour wurde kostlos freigesprochen. Der Wahrheitsbeweis war nach Ansicht des Gerichts in vollem Umfange gegliedert.

Niessen. Arbeitnehmer-Mitwoch. In der Papierfabrik zu Niessen kam der Arbeiter G. Spies in eine Maschine. Er starb bald darauf an den erlittenen Verletzungen.

Elmshorn. Bei einem Spiel tödlich verunglückt. Beim Spielen am geheizten Ofen riss der zweijährige Sohn des Schläfers Hamann den Ofenrost heraus. Die herausstürzenden glühenden Kohlestücke fielen seinem gleichaltrigen Schwesterchen in den Schoß. Das mit schweren Brandwunden bedeckte Kind starb einige Stunden nach seiner Entfernung ins Krankenhaus.

Schwaan. tödlicher Unglücksfall. Das aus Schwaan gebürtige, beim Erbpächter Wulf in Bandow bediente Mädchen B. wurde von der Drechslermaschine erfaßt und am Kopf so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat.

Theater und Musik.

Nenes Stadt-Theater. Gastspiel des Kgl. Sächs. Hofschauspielers Willy Grobölz. Der Kaufmann von Venetien. Schauspiel in 5 Aufzügen von W. Shakespeare. Der Freitagabend kann nicht zu den glücklicheren in dieser Saison gezählt werden. Hindert schon das Stück an sich, daß sich eine einheitliche Stimmung einstellt, da sich eben so verschiedene, wenn auch wundervolle Elemente wie die Mondtheatralix des letzten Aktes, die Märchenhaftigkeit der Portia-Szene, die Realistik der Shylock-Szenen nicht völlig miteinander zu einem tief nachzitternden Gesamteindruck verschmelzen, so litt der bühnentümliche Teil am meisten noch durch die — nun sagen wir milde — wenig hervorragende Verkörperung der Hauptrolle des Juden. Man konnte des Gastes nicht froh, schon ehe sie werden. Ich vermag über seine Bedeutung nicht zu urteilen, da ich ihn gestern zum ersten Male sah. Ob er uner „Provinztheater“ zu niedrig einschätzte? Ob er nicht aufgesezt war? Über von der tragischen Größe des Shylock, von seiner fanatischen Leidenschaftlichkeit war Herzlich wenig zu spüren. Und wenn er sich nach der gewaltigen Gerichtsszene vom Publikum noch freundlich auszeichnete, so rührte es zum größten Teile daher, daß sich die Shakespeare'sche Kunst auch bei nicht bedeutender Darstellung eben immer noch wundervoll ausdrückt. Auch unser heimischer Künstler leuchtete nicht durchweg ein freundlicher Stern. Angenehm fiel vor allem wieder Frl. Bette als Portia auf. Wirklich gab Herr Brunow den Antonio. Ein gewandter Bassano war Herr Grube. Von den übrigen Mitwirkenden mögen noch Frl. Böhl (Nerissa), Herr Schäbler (Antonio), Herr Fuchs (Gobbo) hervorgehoben werden. Herr Grube hatte sich um eine forschende und lebensvolle Inszenierung bemüht. Das nicht eine völlige Einheit erreicht war, wie einige kleinere Versehen sind nicht ihm zuzurechnen. lm.

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 1. bis 8. Januar 1911.

Nenes Stadt-Theater. Sonntag, den 8. Januar, nachmittags 2½ Uhr: „Dornröschchen“, Weihnachtsmärchen. Abends 6 Uhr: „Die Meistersinger von Nürnberg“ von Richard Wagner. Montag, den 9. Januar, abends 8 Uhr: „Sankt Elms Feuer“. Schauspiel auf hoher See von Peter Werth. Dienstag, den 17. Januar, abends 7½ Uhr: „Aida“. Große Oper v. G. Verdi. Mittwoch, den 11. Januar, abends 7½ Uhr: „Bunder Abend“. Der Klavierlehrer. Othello. Erfolg. Gesangs-Vorträge usw. Ballett-Einlagen. Donnerstag, den 12. Januar, abends 7½ Uhr: Der Kaufmann von Venetien. Schauspiel von Shakespeare. Freitag, den 13. Januar, abends 7½ Uhr: „Nändine“, Romantische Oper von Korngold. Sonnabend, den 14. Januar, abends 7 Uhr: Die Meistersinger von Nürnberg, Oper von Richard Wagner. Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 8 Uhr: Dornröschchen. Weihnachtsmärchen. Abends 7 Uhr: Gastspiel des Kgl. Kammer-Sängers Alois Pianini, Cavalleria rusticana, Oper von Leoncavallo.

Stadthallen-Theater. Sonntag, den 8. Januar, abends 7½ Uhr: „Der Meister“, Komödie von Hermann Bahr.

Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, Verleger; Th. Schwartz, Dr. Friedr. Mener u. Co. Sonstlich in Lübeck.

Ein vierrädriger Handwagen ist stundenweise zu vermieten. Std. 30 Pf. Reider, Wicedestr. 53, I.

Gut erh. eiserner Ofen billig zu verkaufen. Grotiusstr. 74.

Gin lange blaues Winterjacke, fast neu, billig zu verkaufen. Rabenstr. 126, I. Burgtor.

Sonntag morgen steht ein großer Transport Lüttgenburger Ferkel zum verkauf. Gasth. Dreisecken, Lübeck.

100 kleine Ferkel stehen billig zum Verkauf. Joh. Ahrens, Tremstumpf, Lübeck.

Herzlicher Sonntagsgruß am 8. Jan. von 1 Uhr an. Dr. med. Heddinga, Seidelplatz 1. Dr. med. v. Thaden, Breitestraße 29. Dr. med. Fr. Christen, Karpenstraße 4.

Empfehlungsfärbarten. werden hergestellt in der Farbenfabrik des für Volkshaus.

Grosser Inventur-Ausverkauf

Es werden in allen Abteilungen unserer

Damen- und Kinder-Konfektion

sämtliche auf Lager befindliche Waren ohne Rücksicht auf den Wert zwecks **totaler Räumung**

zu ganz aussergewöhnlich billigen, herabgesetzten Preisen ausverkauft.

Wir empfehlen unter anderem, so lange vorhanden:

3 Serien Winter-Jacketts 90—115 cm lang, aus Stoffen engl. Art . . .	3 ⁷⁵	4 ⁷⁵	5 ⁷⁵	5 Serien Hausblusen aus Velourbarchent	50%	90%	1 ⁷⁵
2 Serien Winter-Jacketts aus Eskimo, Plüscher und Astrachan	3 ⁵⁰	4 ⁵⁰	4 ⁵⁰	Kimono-Blusen Tülpasse und Manschette ganz auf Futter	2 ⁵⁰	2 ⁹⁰	
3 Serien Sommer-Jacketts 80—115 cm lang, aus Stoffen engl. Art	1 ⁵⁰	2 ⁷⁵	4 ⁵⁰	Ein Posten Kimono-Blusen aus Wolibatist in allen Farben mit Passe und Knopfgarnitur, ganz gefüttert	3 ⁹⁰		
Ein Posten Leinen-Kostüme Rock und Jacke			4 ⁷⁵	Sammelblusen mit Tülpasse und Passepole ganz auf Futter, in verschiedenen Farben	4 ⁷⁵		
Ein Posten Leinen-Paletots 125—130 cm lang			4 ⁷⁵	Ein Posten Matinés u. Morgenröcke aus Velourbarchent	2 ²⁵	3 ²⁵	
3 Serien Jacken-Kostüme aus blau Cheviot und Stoffen engl. Art	5 ⁵⁰	8 ⁵⁰	10 ⁵⁰	Ein Posten Velour-Unterröcke mit Volant und garniert	3 ⁰⁰		
Ein Posten Jacken-Kostüme zum Teil mit Seide gefüttert, in blau und Stoffen engl. Art		13 ⁷⁵	16 ⁷⁵	Ein Posten Satin-Waschröcke mit garniertem Volant	1 ⁷⁵		
3 Serien Garnierte Waschkleider angestaubt, aus Battist und Leinen	3 ⁰⁰	4 ⁵⁰	6 ⁵⁰	Ein Posten Moirette-Unterröcke gestreift und karriert	3 ⁷⁵		
Garnierte woll. Prinzess-Kleider aus Satin und Wollbatist	18 ⁵⁰	21 ⁰⁰		8 Serien Kostümröcke neueste Fassons, aus guten Stoffen englischer Art	3 ²⁵	3 ⁹⁰	4 ⁷⁵
Ein Posten Winter-Havelocks		4 ⁵⁰	6 ⁵⁰	Schwarze Satintuch-Röcke mit Besatz	5 ⁵⁰	6 ⁷⁵	
Ein Posten Abend-Capes mit Pelzkragen in hellen Farben			6 ⁵⁰	Ein Posten Weisse Kinderkleider für das Alter von 6—12 Jahren, aus Mull und Batist reich garniert, zum Teil mit Unterkleid	4 ⁷⁵	5 ⁷⁵	
Tuch-Abend-Mäntel mit Waffelin u. Zwischenfutter, z. Teil m. Seide	20 ⁰⁰	26 ⁵⁰		Kinder-Jacketts aus blau Winter-Cheviot für das Alter von 3—12 Jahren Alle Grössen	3 ⁰⁰		

Pelzwaren

Kragen, Kolliers, Stolas, Muffen und Kindergarnituren
auffallend billig, zum Teil für die Hälfte des früheren Preises.

Ein Posten Pelzkragen aus Nerzmurm, Kanin, Mufflon und Tibet 3⁵⁰

Ein Posten Pelzkragen aus Nerzmurm, Astrachan, Kanin und Mufflon 6⁵⁰

Pelzkragen u. Muffen aus Skunks, Opossum, Tibet u. anderen Pelzarten noch in grosser Auswahl.

— Wir bitten des großen Andrangs wegen zum Einkauf die Vormittagsstunden zu bevorzugen. —

Gebr. Hirschfeld

Breitestrasse 39-41.

Lübeck.

Breitestrasse 39-41.

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 6.

Sonnabend, den 7. Januar 1911.

18. Jahrz.

Bethmanns Echo.

Herr Bethmann-Hollweg kann heute mit Besiedigung konstatieren, daß die Berliner Staatsanwaltschaft im Moabitprozeß ihre Aufgaben als Anklagebehörde des jungerlich-bourgeois Klassenstaates vollauf erfüllt hat. Daran, daß sie das tun würde, war freilich schon nach der tendenziösen Aufmachung der sogenannten Anklageeinschrift, die sich wie die Stillbildung eines reichsvorständischen Unternehmeranwalts las, kein Zweifel möglich. Aber man muß dem Ersten Staatsanwalt Steinbrecht trotz allem das Kompliment machen, daß er mit seinem Plädoyer sich selbst noch übertroffen hat. Und das will nach dem Verlauf der Beweisaufnahme gewiß etwas heißen. Noch selten ist wohl eine unter ähnlichen Begleitumständen eingeklautete Staatsaktion so sommervoll zusammengebrochen, wie der große „Aufruhr“prozeß gegen die Angeklagten von Moabit. Die Beweisaufnahme bot von Anfang an nichts ununterbrochenes von Bloßstellungen der Berliner P. so, daß man schließlich im Zweifel sein kann, wer eigentlich auf der Anklagebank saß: die 19 Männer und Frauen, die ihrer Entlastung über das Blutregiment der sogenannten Schutzmannschaft mit einigen Schimpfwörtern Läßt machen und darum des Landfriedensbruchs und Aufruhrs angeklagt sind, oder das preußisch-deutsche Polizeiregiment, das seine Aufgabe als Instrument des Klassenstaats im allgemeinen und des ausbeutungswilligen Unternehmertums im besonderen in Moabit so herrlich erfüllte. Man brauchte in den letzten Wochen nur einen Blick in die bürgerliche Presse zu werfen, um sich die schreckbare Niederlage des Polizeiregiments, als dessen Schüler sich die Staatsanwaltschaft aufwarf, klarzumachen. Das tödlichste Schwelen, hier und da nur unterbrochen von einigen missbilligenden Bemerkungen über das bspw. Ungeschick der öffentlichen Ankläger, herrschte auf der ganzen Linie. Die journalistischen Landsknechte der herrschenden Klassen gaben die Position auf, von der sie sich so viel versprochen, deren Unhaltbarkeit sie aber von Tag zu Tag mehr einsehen mußten.

Von dieser Fahnenflucht seiner treuesten Trabanten scheint Herr Staatsanwalt Steinbrecht nichts gemerkt zu haben. Iwar beklagte er sich gleich am Eingang seiner Anklagerede, daß nicht nur die sozialdemokratische Presse, sondern auch „manche bürgerliche Blätter“, ihm vorgeworfen hätten, er habe der sozialdemokratischen Partei die Moabiter Krawalle an die Rockhöhe hängen wollen. Aber, so versichert der Oberste der Berliner Anklagebehörde mit biederstädtischem Ernst, das ist nur ein Mißverständnis. Kein Wort von alledem steht in der Anklage, nicht die Staatsanwaltschaft, sondern einzige die Verteidigung ist daran schuld, wenn das politische Moment in den Gerichtssaal hineingetragen wurde. Und nun geht Herr Steinbrecht zum fröhlichen Angriffe über und bemüht sich, — das nachzuweisen, was er seien noch feierlich in Abrede gestellt hat! Es ist wohl das stärkste Stück, das sich in diesem an gelinde gesagt, absurden Reichen Prozeß die Staatsanwaltschaft geleistet hat. Im gleichen Atemzug, wo der öffentliche Ankläger selbst aussprechen muß, daß sich nicht die mindeste Spur davon ergeben hat, daß die sozialdemokratische Partei oder die Leitung der organisierten Arbeiterschaft mit den Moabiter Krawallen irgendwie in Verbindung stand oder sie auch nur begünstigt hätte, bringt es dieser Vertreter der „objektivsten Behörde der Welt“ fertig, die Verantwortung für diese Vorgänge auf die „jahrzehnte systematische sozialdemokratische Verhezung“ zurückzuführen!

Burg Plümmeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(33. Fortsetzung.)

Bei der in ihm obwaltenden Gemütsstimmung läßt es sich leicht denken, daß er heute kein Lob und Dankred fürderte, sondern vielmehr ein Bitt- und Seufzerlied. Und daß ihm, sowie er die Feder zur Hand genommen, die Worte: vernicht' o Herr, die Sünder, in den Wurf kamen, so gewann das ganze Lied einen etwas wilden, frigerischen, ja revolutionären Ton, der übrigens seiner Rechtgläubigkeit und Christlichkeit keinen Abbruch tat. Sehn Minuten nachdem der Herr Pastor sich gesetzt hatte, befand er sich in guter, gleichmütiger Stimmung, und dafür stand folgendes zu Papier:

Vernicht' o Herr, die Sünder,
Die deinem Reiche trügen.
Durch vier und zwanzig Pfunder,
Durch Klinten und durch Stuzen
Hebt auch ihr Feldherr Satan.
Und blüht sie auf, ihr Stolz,
Gleich einem Leviathan,
Gleich einem Leu im Holz.

Hilf doch den Argen benschen
Zurück zum Höllenfeuer.
Damit wir armen Menschen
Entgehn dem Ungeheuer.
O mach den grimmen Ständer
Doch einmal still und zähm,
Da aller Welten Lenker,
Du Gott des Abraham!

Sowohl war der fromme Mann in seiner Ode gekommen, und seit mar er davon überzeugt, daß er nicht bloß ein liebliches, sondern auch verdientliches Stück Arbeit für die Karten im Beinvertrag des Herrn getötet habe, da unterwarf er einen Klotzen an die Türe sein Tun. Auf das Vorsetzen trat eine ungemein ausschauende Persönlichkeit ein. Es war ein langer, hagerer Mann mit weißem Haar und Bartensbart, mit einer roten, starken Nase und kleinen lebhaften, braunen Augen. Der lange, dunkelfarbige Rock war bis unter den

und nun entwickelt sich ein Bild der Moabiter Ereignisse das einzige in seiner Art ist. Vor allem konstatiert Herr Bueck, pardon Herr Steinbrecht, daß der Streik ganz grundlos vom Zaune gebrochen war. Die Streikenden hatten keinerlei Grund zur Erbitterung, da von Hungerlöhnen und Ausbeutung bei der Firma Stynnes, Kupfer u. Co. keine Rede sein konnte. Die Hingesche Arbeitswillengarde bestand aus den friedfertigsten und achtbarsten Elementen der Welt; vor denen jeder gute Staatsbürger den Hut ziehen muß. Nur gründloser, seit langen Jahren geübter fanatischer Hass konnte die Streikenden zu ihren abscheulichen „Gewalttätigkeiten“ gegen diese blutigen Lämmer hinreissen. Und nun gar erst Herrn Sagows bewährte Polizisten! Iwar, so ganz ohne jede moralische Einbuße sind die Herrschaften nicht davongekommen. Aber Herr Steinbrecht wußt sich zu helfen. Vor allem läßt er alte Belastungszeugen der Polizei sans facon in der Versenkung verschwinden. Die paar hundert Männer und Frauen, die in wochenlanger Verhandlung fast unglaubliche Brutalitäten der Bethmann-Schützlinge bekundeten und gegen deren Glaubwürdigkeit sich beim besten Willen nichts einwenden ließ, sind, so meint Herr Steinbrecht, und er beruft sich dabei auf den Standpunkt des Gerichts, „für die Anklage ganz bedeutungslos“. Um so wertvoller aber sind die Aussagen der auf Sagows Hilferuf erschienenen „Bürger von Moabit“, die Schutzmannsfrauen und 18-20jährigen angehenden Staatsbeamten, die Sekretäre bei der Staatsanwaltschaft und was sich sonst noch an „zuverlässigen“ Polizeizeugen gemeldet hatte. Diese Zeugen haben zwar nicht nichts gesehen, aber gerade das macht sie in den Augen der Staatsanwaltschaft um so wertvoller. Ihr Zeugnis allein kann für die Beurteilung des Verhaltens der Schutzmannschaft durch das Gericht von Wert sein; wenn sich dann noch hier und da der leise Verdacht regen sollte, daß die Polizisten nicht ganz einwandfrei sich verhalten, so ist das einfach ein „non liquet“ eine Sache, die nicht ganz klargestellt werden konnte. Die Schuld der Angeklagten wird dadurch ebensowenig in Frage gestellt wie die Schuldlosigkeit der Polizisten.

Für den Staatsanwalt ist damit die Sache erledigt, und es bleibt ihm nur noch übrig, ein möglichst hohes Strafmahl gegen die schändlichen Bediener der Majestät des Schutzmanns und der armen Ehre der Streikbrecher zu beantragen. Und das tat Herr Steinbrecht in einem Maße, das bei jedem objektiv Urteilenden geradezu Entleiken erregen muß. Weil ein Angeklagter, den die Arbeitswilligen begleitenden Schützlinge „Bluhunde“ nennen und sich in einer Menge befand, die mit Steinen geworfen haben soll — daß er selbst geworden hat, ist nicht bewiesen —, beantragt der Ankläger 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis, in einem andern Falle für das ominöse Wort allein 8 Monate Gefängnis! Ein noch ganz jugendlicher Angeklagter ist aus einer Menschenmenge herausgegriffen worden, die einen Köhlerwagen begleitete, und hat sich den ganz besonderen Zorn des Staatsanwalts zu gezogen, weil er vor Gericht die Aussage eines Polizisten mit den Worten: „Einfach Schwindel!“ abtat. Dafür soll er nun ein Jahr lang hinter Eisengittern blühen. Und so reiht sich ein Strafantrag an den andern, einer immer ungeheuerlicher als der andere. Die Scharfmacher haben Ursache, mit diesem „brauchbaren“ Beamten zufrieden zu sein!

Aus der Partei.

Was sie wollen! könnte man in bezug auf unsere Richter und Staatsanwälte ausruhen, wenn man sich das

zugeknöpft, ein weißes Halstuch war sorgfältig umgeknöpft und die Kette steckte in derselben, rindledernen Schuhe. Eine kleine Taschenuhr hing um die Schultern. In der einen Hand hielt der Mann einen derben Gehstock und in der anderen seinen grauen Käppi, an dem eine stattliche deutsche Kofarde drangte. Beim Eintritt schwieg er mit der Hand ein Kreuz und sagte: „Gefobt sei Jesus Christ. Sind Sie der Herr Pastor?“

Auf die befahrende Antwort nahm er aus einer gewaltigen Brusttasche ein Schreiben und über gab solches. Der Hausherr erbrach es und nachdem er es durchlesen, umarmte er den Anhänger und sagte: „Sei mir geprüft, mein Bruder, gelegast sei Dein Gang in diesem Hause. Lege die Burde der Wanderhaft, den Reisestab und die Tasche beiseite und mache es Dir bequem, wie es sich der fromme Jakob bei seinem Schwäher Laban bequem machte. Setz mir willkommen, als wäre einer der Männer, die Dich an mich gelandt haben, selber eingefehlt in meine Hütte. Womit soll ich Deinen durch den Staub und die Mühsal weiter Wanderung trocken gewordene Gaumen Dir legen? Trink Du Tee, mein Bruder, oder nimmt Du vom Saft des Weinstocks?“

„Um wohlwollen und lieblichsten würde meinem irdischen Elte wohl ein Glas Brod dünken,“ erwiderte der Anhänger, welcher schon Stock, Hut und Tasche beiseite gelegt hatte, „Schwer habe ich des Tages Mühe und Füße getragen, denn stets wandere ich apostolischer Einsamkeit nachseitend, zu Fuß und verachtet und meine insbesondere ganz entzückend der Eisenbahnsitte und Glauben zerstörenden Kurs. Brod tut immer wohl, insbesondere aber heute, da ich auf meiner gestrigen Pilgerfahrt mir die Füße genäht und mich stark erkältet habe. Doch lieber Bruder, das wichtigste. Wie sieht es um den Zweck meiner Reise und Sendung?“

Zuvorher wollten wie des Leibes Notdurft befriedigen, lieber Bruder, erwiderte Kitz, „ungefördert können wir dann später darüber erörtern, was allerdings vor allem ja einzig not tut.“

Das Abendbrot wurde gebracht, der Brod dampfte und der Bruder Garraf so naunte sich der Fremde, wie es sich meistens schmeidet. Als er sich genüßlich gestärkt erachtete, faltete er die Hände, sprach ein Gebet und dann an den Breitenseiten trezend und eine Kreuze im stoppend, sagte er nun zum Werke Gottes, lieber Bruder, nenne mir zunächst diejenigen Personen in dieser Gegend, die welche das Recht

Strafrecht gegen die sozialdemokratischen Redakteure des näheren betrachtet. Die letzten beiden Monate des vergangenen Jahres hat es wieder förmlich Brechprozesse gegeben. Trotz der mehrmaligen Freitagskonzerte siebenunddreißig Urteile gefällt werden, eine durchschnittlich höhere Zahl als in den früheren Monaten. Auf zirka 1½ Jahr Gefängnis und 6000 Mk. Geldstrafe wurde erkannt. Richter- und Polizeibefreiungen spielen eine große Rolle. In den nächsten Monaten April bis Dezember 1910 sind nicht weniger als 131 Brechprozesse zu verzeichnen. Deden Monat wurden also 15 sozialdemokratische Redakteure abgeurteilt. Und das Resultat? Ein geradezu grausiges. In neun Monaten wurde zu Recht erkannt auf: Vier Jahre sechs Monate, drei Wochen und sechs Tage Gefängnis und 19368 Mark Geldstrafe. In sehr vielen unter den 131 „Fällen“ handelt es sich um ganz unerhört hohe Bestrafung. Die Strafen stehen zu den tatsächlichen Begehen in keinem Verhältnis. Dennoch arbeiten die Staatsanwälte mit Hochdruck, um das „richtige“ Strafmahl herauszubekommen. Ihnen waren die Strafen durchweg noch zu niedrig, denn je härter die Gerichte zusammeln, um so deutlicher ansieht es doch dem Speckbürgertum, eitle Leute, wie staatsgefährlich wir sind, wie wir die gelebten Einrichtungen des Staates wünschen, der Ordnung und guten Sitte „hämisch“ kritisieren und dadurch die Erzitterung erzielen, die strengstens gehindert werden müssen.

Gewerkschaftsbewegung.

Weitere einsgezähneltes. Vom Schöffengericht in Halle a. S. wurde Genosse Dößler, Vorsitzender der dortigen Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes, zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er eine rein gewerkschaftliche Versammlung der in der chemischen Industrie beschäftigten Personen nicht als politisch angemeldet hatte. In der Versammlung war in einem Vortrage die Entwicklung der chemischen Industrie und ihre Produkte geschildert und zum Eintritt in den Fabrikarbeiterverband aufgerufen worden. Das Gericht sprach in der Urteilsbegründung die sonderbare Ansicht aus, die Versammlung sei keine unpölitische gewesen, weil in der Einladung alle in der chemischen Industrie Beschäftigte zum Versammlungsbefluss aufgefordert worden seien, also auch die kaum männischen Angehörten. Es habe sich also nicht um eine Versammlung zur Förderung rein beruflicher Angelegenheiten nach § 152 der Gewerbeordnung gehandelt!

Vom „Schutzmann“ wird handelt. In einem Hotel in Halle a. S. waren zu Anfang Oktober vorigen Jahres mehrere Gäste noch abends spät voneinander. Beim Eintritt der Polizei und kam ein Schutzmann und bat „Festabend“. Wenige Minuten später, als die den sogenannten besseren Kreisen angehörenden Gäste ihre Überkleidung anlegten und zum Teil bereits das Gastzimmer verlassen hatten, kam der Schutzmann wieder und wiederholte seinen Befehl in schroffem Tone. Einen als Gast auweichen den Restaurateur, der sich an einer Personenzugabe zu schaffen machte, packte er ohne weitere Verzögern und stieß ihn eine Treppe nach der Straße zu hinunter. Dabei flog er mit und setzte noch auf dem Bürgersteige an dem auf der Erde Liegenden herum. Einige andere Gäste, Fabrikarbeiter und Ingenieure, ließen empört: „Polizist, bedenken Sie doch, was Sie tun!“ Hugs ließ der Schutzmann von seinem Ofen ab und stützte sich auf die Ladde seines Verhaltens, wobei er sie anschrie: „Halten Sie die Schaufel!“ Diesen beiden Personen, wie dem zuerst Angegriffenen wurde die Kleidung beschädigt. Zum Überflug füllte der Schutzmann dann die Gesellschaft und ließ auf dem Wege zur Wache, obwohl die Leute mitsingen, mehrmals das Notsignal ertönen. Wie das in Preußen so üblich ist, wurde nicht der Schutzmann, sondern einer der Ingenieure wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Ruhestörung (!) und anderer Delikte angeklagt. In der Gerichtsverhandlung bezeichneten Zeugen das Verhalten des Schutzmanns als rob und gewaltätig. Dieser selbst betritt höchst selbstbewußt die Auktion: „Halten Sie die

Christ noch fest, bauen darf. Nenne mir die welche noch Mut und Liebefreudigkeit in sich tragen, um einfach dem Reiche Satans entgegen treten zu können. Sei es nun durchs Schwert, oder durch Geldspende, oder durch anderes wehrige Werkstat.“

Herr Pastor Kitz mußte nun betonen, daß ihm leider in seiner eigenen Gemeinde kaum herartige Personen vorhanden zu sein scheinen. Das Klostercafé erwies zwar ihm und wieder einige Hoffnung auf wahre Erleuchtung, aber leider hängt auch sie noch stark am irdischen Macaroni und noch stärker in leiblicher Liebesverirrung an einem Sumpf des Atheismus stehenden Weltläden. Einige, aber sicherlich nicht sehr beträchtliche Geldzahlung sei wohl von ihr zu hoffen. Schwertfiehung und dem ähnlichen Liebesdienste dürfe man sich aber nicht von ihr versprechen.

„Und der Gutsherr hier?“ fragte Sarraf. „It ein entsetzlicher Heide,“ erwiderte Kitz, „und odorein zuweilen wahnsinnig satanischen Einflüsterungen sein Ohr leidend. Er widerstrebt jeglicher Zucht des Herrn. Abriegen sind ihm die heurigen Zustände ein Schweiß und ein Greuel, aber nicht weil sie dem Reiche Gottes widerstreben, sondern weil die weltlichen Vorzüge, die er als Edelmann und als Gutsbesitzer geniebt, dadurch bedroht und angefochten werden.“

Herr Sarraf meinte nun, daß man in solchen Zeiten einen finden, der denselben Feind befürmisst, als Bundesgenossen aufzunehmen und nicht von sich trennen möchte. Könnte sich nur ein Bündnis mit dem Großfürsten das Reich des Herrn retten, so müsse man selber ein solches eingehen, warum denn nicht eines mit einem Mann, der doch auch aus eigentlich zu lobenden Gründen dem Bellen und Wälzen des Antichristus entgegen trete? Gefährdet und aufzumangeln sei die Selt. Es heißt nun gleich den Schwamm. Es selber kann die Farben des Antichristus, das ist, die Selt, zur Bekämpfung dieses Kampfes der Schwämmen, oder Schwämmen, notwendig erneute dies zu tun. Diese Sachen, die offenbar ihm dienen, welche kann ihm verschlossen bleiben würden.

Die reueren Männer, die Dich mir seien mein lieber Bruder, sagte jetzt Kitz, schreien mir, daß ich ein Weiteres über die Blüme, die sie aufstreben, aus seinem lieben Mund erfahren könne. Sage mir also welche und diese? (Fortsetzung folgt)

Gähnauel" mit dem Bemerkern, daß solche Ausdrücke vielleicht in den Kreisen der Ingenieure üblich sein möchten, in seinen jedoch nicht (siehe Moabit!). Trotz der für den Schützmann verhinderten Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt 5 M. Geldstrafe. Das Gericht kam jedoch zur Freisprechung des Ingenieurs, indem es das Verhalten des Schützmanns entsprechend rügte. Ob er wohl auch so schlecht abgeschnitten hätte, wenn seine Gegner stärker gewesen wären?

Aus Nah und Fern.

Bremische Schulkultur. Ganz unglaubliche Schulzustände scheinen in Hennigsdorf (Kreis Trebbin) zu herrschen. Die zwischen 130 und 150 schwankende Schülerzahl wird von einem Lehrer in Holztagschule unterrichtet. Das Schuljahr ist nicht nur ein tristen Tagen, sondern den ganzen Winter hindurch so dunkel, daß ein Schreiben nur den an den Fenstern sitzenden Kindern möglich ist. Da der versiegbare Raum für eine solche Schülerzahl nicht ausreicht, muß bei schriftlicher Beschäftigung eine Anzahl Kinder an den Fenstern und dem Kätheber stehen. Seit mehr als 15 Jahren gehen die Verhandlungen um Abänderung solcher unzulässigen Verhältnisse; aber bis jetzt ist man noch zu keinem greifbaren Resultat gekommen. Die Leidtragenden sind und bleiben die Schuljugend und der Lehrer. Dieser, ein 48-jähriger Mann, der fast seine ganze Amtszeit hindurch mit solchen Zuständen hat kämpfen müssen, ist nun am Ende

seiner Kraft. Am 15. Dezember sah er sich, der "Preußischen Lehrerzeitung" zufolge, genötigt, seiner Behörde mitzuteilen, daß er sich außerstande sehe, weiter zu unterrichten.

"Sozialdemokratische Rötheiten". Folgende Schauergerichte verbreiten, wie aus Südböhmen berichtet wird, der "Verbot": "Sozialdemokratische Rötheiten sind hier am 11. Dezember verboten worden. Der Behörde Hoffmann hatte hier in einer Versammlung gesprochen und die Sozialdemokratie als eine unschuldige Lämmerei ohne jede gewalttätige Absicht bezeichnet. Nach Schluß der Versammlung zog eine Röthe Genossen an unserer hübschen Kirche vorbei, schimpfte auf Gottesdienst und Christentum und begann dann ihre Verfolgungsarbeit. Das eiserne Gitter wurde mit großer Gewalt verbogen und herausgerissen und die Stufen, die zum Kircheneingang führen, wurden zerstochen und zertrümmt. Dann zog die Bande jubelnd ab. Sie hatte einen vollständigen Beweis für das friedliche und harmlose Wesen der Sozialdemokratie geliefert. Die Erbitterung über den Frevel ist hier sehr groß." Die Notiz ist ein gemeiner reichsverbändlerischer Schwindel. Beschädigungen an dem Kirchengitter sind allerdings vorgenommen worden, aber die Täter sind keine "Röthe Genossen" gewesen, sondern erstklassige Herren, die mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben wollen. Die Namen der Banden sind bekannt.

Eine hilflose Finanzwirtschaft haben verschiedene lipische Ordnungsmänner getrieben, die in der Leitung der zusammengekrochten Lipperischen Konserven-

fabrik Strangmeyer u. Co. in Detmold sahen. Gest ist auch über das Vermögen des verhafteten Direktors Strangmeyer Konkurs eröffnet worden. Bei Brüfung der näheren Verhältnisse der Gesellschaft hat sich übrigens ergeben, daß in den letzten fünf Jahren die Bilanzen gefälscht und auch die Gewinne an die Gesellschaft zu Unrecht ausbezahlt worden sind. Der Konkursverwalter hat beantragt, die Gesellschafter zur Rückgabe der ihnen zu Unrecht gezahlten Gewinnanteile zu veranlassen. Durch die skrupellosen Betrügereien, die hier von den maßgebenden Personen begangen wurden, sind eine Menge kleiner Geschäftleute und Arbeitnehmer schwer geschädigt.

Vier angeklagte Unteroffiziere beginnen nach einer Melbung des "D.T." aus Thorn schwere Ausschreitungen. Sie überfielen in der Nähe von Thorn in einem Waldchen, das dicht bei einer Kaserne liegt, die Frau eines Postassistenten und warfen sie zu Boden. Die Unteroffiziere verloren die Frau zu Vergewaltigen. Auf ihre Hilferufe eilte ein Bahnangestellter herbei, der ebenfalls zu Boden geschlagen und mishandelt wurde. Erst nachdem noch andere Personen hinzugeellt waren, konnte die Frau, die im Gesicht stark blutete, ihren Weg fortsetzen. Die Täter sind erkannt, bereits vom Regimentskommandeur vernommen und hoffentlich auch hinter Schloß und Riegel gesetzt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarze, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Visitkarten

— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

**Carl Folkers
Möbelmagazin**
25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Teilzahlung gestattet:
Bei Barzahlung Rabatt.
Siehe rote Lübeck-Rabattmarken.

Willy Koch
Zahnarzt
Lübeck, Holstenstrasse 21.

Glödes Restaurant.

Heute:
Austich von

**ff. Lüdtscheim
Bockbier.**

Heute

Austich v. Bockbier.

Zum Landhaus
Kadenburger Allee 28.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:

Tanzkränzchen

Adlershorst.

Tanzkränzchen

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Montag 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
H. Poggen.

Arbeiter-Verein Miria

Masken-Ball
am Sonntag den 22. Januar
im Kolosseum.

Der Vorstand.

Am Sonntag,
8. Januar

Tanzkränzchen
in nachstehenden Lokalitäten:

F L O R A:
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt frei. Max Siems.

Friedl-Franz-Halle
Gr. humor.
Bockbierfest.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
L. Stamer.

Hansa-Halle.
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei. Ende 1 Uhr.
Abonnement 50 Pfg. J. Rieck.

Friedrichshof.
Großer Tanz.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.
Eintritt frei. J. H. Hagelstein.

Wakenitz-Bellevue.
Gente. Sonntag:
Tanzkränzchen.

H. Färber.

**Heute Austich
vom Vereinsbock**
Restaurant zur Burgtreppe

F. Lienshöft.

Waisen-Hof.
Sonntag: Tanz.
Eintritt frei. Gustav Gipp.

Dilettanten-Verein Seeretz.

Theater und Ball
am Sonntag, 8. Januar
im Lokale des Hrn. E. Cordts

Anfang 7 Uhr.
Eintritt 1 Mk., eine Dame frei.
Hierzu lädt ergebnisst ein
Die Dilettanten und E. Cordts.

Kaffeehaus Moisling.

Sonntag: Groß-Bockbierfest.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
NB. Klein diesjähriger Maskenball
findet am 26. Februar statt. A. Schreiber.

Arbeiter-Bildungsverein.
Lübeck.

Der nächste Abende wegen jüdischer
Festtag keine weitere Vorlesung in
Bildungsheim.

Montags
und in wenigen Fällen
Mittwochs statt.
Wir bitten die Teilnehmer, das
zu beachten. Der Vorstand.

Als Bezugsgeschäfte feinsten
Solzheringe, Fischfouervesen, Salzgarten etc.
empfiehlt sich die Firma

H. L. Wiegels (vorm. I. C. Bunge), Fischergasse 61.

Preussische Lose

Ziehung I. Klasse 13. u. 14. Januar 1911

1/8	1/4	1/2	1/1
M. 5.—	10.—	20.—	40.—

sind bei mir zu haben.

Lübeck, Johannisstr. 10
Telephon 58.

Falek,
Königl. Lotterie-Einnehmer.

Preussische Klassenlotterie

zur I. Klasse 224. Lotterie.

1/1 1/2 1/4 1/8 Lose vorrätig.

Köhni,
Königl. Preußischer Lotterie-Einnehmer.
Gr. Burgstraße 24.

Konzerthaus Heinrichshof.

Sonntag: Tanzkränzchen.

Eintritt für Herren 20 Pfg., Damen frei. Kreier Tanz.

Konzerthaus „Flora“.

Am Sonntag, dem 5. Februar 1911:

Gr. öffentl. Volksmaskerade.

Max Siems.

Neulauerhof. Gr. großes Bockbierfest.

Sonntag, den 8. Januar:
Große Scherzen.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt frei.

Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50—52.

Spezialität: Frühstücks- u. Abendplatte. Zivile Preise.

II. Bürgerl. Mittagstisch 65 Pf. von 12—2 Uhr.

Verband der Gefäßarbeiter-Zentrale.

Direkt. Schlüter.

Hauptgildetag

der St. Gertrud-Schweine-Gilde

am Sonntag, d. 8. Januar,

abends 8 Uhr

im Lokale d. Herrn Gutsche,

„Neu-Lauerhof“.

Zeitung: Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresabrechnung von 1910.
3. Lesen der Statuten.
4. Festlegung des Gehaltes.
5. Wahl von Vorstandsräten und Tagessorten.
6. Verschiedenes.
7. Beitrag erheben.

Sparklub „Zur alten Burg“

Versammlung
am Mittwoch, dem 11. Januar
abends 9 Uhr
bei J. H. Wolff, Gr. Burgstr. 21.
Aufnahme neuer Mitglieder.

Hamburger Hof, Schwartau.

Sonntag, d. 8. Januar:
I. Gr. Bockbierfest
mit vollem Orchester. Anfang 4 Uhr.
Hierzu lädt freundlich ein
C. F. Leukefeld.

Konzerthaus Zauberflöte

4 Schüsselbuden 4.
Neue Kapelle!
Österreich. Damen-Kapelle
Edini. 5 Damen.
2 Herren.
Anfang 4 Uhr.

Panorama Süd-Afrika Transvaal.

Ransa-Theater

Job-Classen.

Heute Sonnabend:
Zum letzten Male:

Der brave Hermann.

Ab Sonntag abend:
Anfang 8 Uhr.

Neu! Neu! Neu!

Mein Bruder, das'n Luder.

Schwarz in 3 Akten,
bearbeitet von H. Job.

Lachen über Lachen!

15. Januar:
Abschieds-Vorstellung.

Stadthallentheater.

Sonntag, 8. Jan. abends 7½ Uhr.

Der Meister.

Komödie von Hermann Bahr.
Vorverkauf täglich in den bekannten
Stellen bei Nagel, Markt 14, und
Reinholdsmort, 13.

Neues Stadttheater.

Sonntag, 8. Jan. Nachm. 2½ Uhr.

Bei Nachmittags-Preis.

Dornröschchen.

Weihnachtsmärchen mit Ballett.

Sonntag, 8. Jan. Abends 6 Uhr.

Große Preise.

Die Meistersinger v. Nürnberg.

Oper von Richard Wagner.

Montag, 9. Jan. Abends 8 Uhr.

Sankt-Elms-Feuer.

Schauspiel auf hoher See

von B. Weiß.